

KoFwa 121

Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit
Febr./März 2007
25. Jg.
ISSN 0949-0000

Krise der sozialen Systeme

Analyse, Kritik, Forderungen

- Prekär arbeiten – prekär leben (Christa Wichterich)
- Grundeinkommen: für Frauen der Hit (Stefanie Berg)
 - Sexarbeiterinnen fordern ihre Rechte
 - Gewalt gegen Lesben hat viele Formen
- Keine Menschenrechte für Frauen in Afghanistan
 - Verfolgung von Freiern Minderjähriger in Italien
- Benachteiligung von Frauen bei der Rentenreform
 - Wien: Stalking vor Gericht
 - Entlarvung opferfeindlicher Sprache
 - Frauenrechtsverletzungen in den USA
- Kindesmissbrauch durch UNO-Personal
 - Forum für Feministische Gangart
 - Lesbischer Herbst 2007
- Sex-Zwangsarbeit in NS-Konzentrationslagern
- Gender Mainstreaming als Lösungsstrategie?
- Pflege und Begleitung traumatisierter alter Frauen und Männer

Schwerpunkt:

Krise der sozialen Systeme: Analyse, Kritik, Forderungen **3**

Prekär arbeiten – prekär leben (Christa Wichterich) **3**

Zur Idee eines Grundeinkommens: für Frauen der Hit? (Stefanie Berg) **7**

Resolutionen/Aktionen/Netzwerke **10**

Selbstbestimmt und vernetzt: Sexarbeiterinnen fordern ihre Rechte, Aus den Sintern in crime werden die mörderischen Schwestern, Die Spinnen e.V. machen weiter – die Regionalstellen Frau & Beruf hören auf, Fachwissen über häusliche und sexualisierte Gewalt und ihren Einfluss auf Schwangerschaft und Geburt erforderlich, Lesben und Alter, Verdrängen. Verdrängt. Vergewaltigt. Gewalt gegen Lesben hat viele Formen, In Afghanistan gelten Menschenrechte immer noch nicht für Frauen, Wieczorek-Zeul ruft zu verstärktem Kampf gegen Genitalverstümmelung auf.

Themen **17**

"Grünes Licht für Europäisches Gleichstellungsinstitut!", Benachteiligung von Frauen bei der Rentenreform, Wien: Stalking vor Gericht, Michaela Huber: Entlarvung opferfeindlicher Sprache,

Nachrichten **20**

Verfolgung von Freiern Minderjähriger in Italien, Darfur: Vorwürfe des Kindesmissbrauchs gegen UNO-Personal, ai beklagt Frauenrechtsverletzungen in den USA, Dichter Homer war laut britischem Forscher eine Frau

Literatur **22**

Opferfeindliche Sprache bei sexualisierter Gewalt, Das Immunsystem – unsere Stärke, unsere Schwäche Clio 63, Selbstbehauptungstraining für Mädchen und Frauen mit geistiger Behinderung, Forum für Feministische Gangart,

Termine **25**

Einladung zum Lesbischen Herbst 2007, Sex-Zwangsarbeit in NS-Konzentrationslagern, Herausforderung Geschlechtergerechtigkeit - Gender Mainstreaming als Lösungsstrategie? Genderforschung auf postgradualer Basis, Frauengerechte Pflege im Alter und bei Krankheit/Behinderung, Sharaf Hjältar - Jugendliche Migrantinnen gegen Ehrenmorde in Schweden, Weiterbildung: "Fachkraft in der Pflege und Begleitung traumatisierter alter Frauen und Männer"

Impressum:

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V., Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, www.kofra.de, kofra-muenchen@t-online.de

Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto, Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 7805500, BLZ 70020500

KRISE DER SOZIALEN SYSTEME

Analyse, Kritik, Forderungen

Prekär arbeiten, prekär leben

Christa Wichterich

Der Begriff Prekarisierung ist in aller Munde und gilt als neuer Schlüssel zur Erfassung der Strukturveränderungen des Arbeitsmarktes und sozial-staatlicher Politik. Die Soziologin Christa Wichterich hat den Begriff mithilfe von drei Thesen einer Klärung unterzogen.

Der Begriff Prekarisierung [1] ist in aller Munde und gilt als neuer Schlüssel zur Erfassung der Strukturveränderungen des Arbeitsmarktes und sozial-staatlicher Politik. Im folgenden soll der Begriff mithilfe von drei Thesen einer Klärung unterzogen werden, die seine Tauglichkeit als analytisches, als komparatistisches, West-Ost-Süd vergleichendes und als emanzipatorisches Instrument überprüft

1. Prekarisierung ist Teil neoliberaler Politik und konzerngesteuerter Strategie

Prekarisierung sind Prozesse der Verunsicherung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, die im Europa des 21. Jahrhunderts von unten und von oben die Gesellschaft durchdringen, über die bisherigen informellen Beschäftigungsfelder hinausgehen und zunehmend Mittelschichten, qualifizierte und männliche Sektoren erfassen. Es sind politikgesteuerte und interessengeleitete Prozesse, die auf zwei Krisenkomplexen beruhen:

- a) der Krise der Erwerbsarbeit
- b) der Krise der sozialen Reproduktion

Beide, Existenzsicherung durch Lohnarbeit und Existenzsicherung durch sozial-staatliche Leistungen oder soziale Netze wie herkömmliche Haushalts- und Familienformen oder auch Gewerkschaften fragmentieren, erodieren oder kollabieren. Diese Gleichzeitigkeit von ungeschützter, kurzfristiger, nicht-existenzsichernder Beschäftigung - just-in-time, Scheinselbständigkeit, serielle Praktika, Mini-Jobs, Heimarbeit, Leiharbeit - oder temporärer Erwerbslosigkeit und die Segmentierung

oder der Zerfall sozialer Rückfallpositionen, Auffangnetze und öffentlicher Güter erzeugen Verunsicherung und Vereinzelung.

Prekarisierung funktioniert nach einem doppelten Mechanismus: reale strukturelle Verunsicherungen finden statt, indem erkämpfte oder ausgehandelte Rechte, Garantien und Standards abgebaut werden, und gleichzeitig entsteht ein Drohszenario, Löhne, Verträge, soziale Verpflichtungen, Schutz vor Lebensrisiken aufzukündigen, womit Lohnsenkung, längere Arbeitszeiten und Verzicht auf Sozialleistungen erpresst werden. Prekarität bedeutet nicht schon sofort Dauerarbeitslosigkeit und Armut, sondern vielmehr die inszenierte Bedrohung von Ausschluss, sozialem Abstieg und Armut, der Wechsel von Drinnen und Draußen sein, im Arbeitsmarkt, im Job, in den sozialen Netzen, in der bürgerlichen Existenz, im bürgerschaftlichen Status. Prekarität ist die Grenzgängerei, der soziale Seiltanz des Überlebens, das Selbstmanagement am Existenzminimum. Der französische Arbeitssoziologie Robert Castel sprach 1995 von einer schrumpfenden "Zone der Normalität" und "Zonen der Prekarisierung" [2]. Jetzt aber geht Prekarisierung über solch abgegrenzte trennscharfe Zonen hinaus und durchdringt immer mehr Teile gesellschaftlicher Arbeits- und Lebenswelten.

Durch solche politischen und unternehmerischen Strategien wird der homo precarius erzeugt, allzeit verfügbar, vielseitig verwendbar und vor allem bereit, neoliberale Zumutungen und soziale Härten als Sachzwänge der globalisierten Märkte hinzunehmen und eigenverantwortlich und eigeninitiativ Überlebensstrategien am Existenzminimum oder auch Armutsmanagement zu betreiben. Prekarisierung ist die Zurichtung von Märkten und Menschen für den globalisierten Kapitalismus. Das französische Gesetz CPE zur Ersteinstellung zeigt, dass Prekarisierung Teil neoliberaler Politik ist, um 1) Erwerbsmärkte zu

deregulieren, Lohnarbeit zu flexibilisieren und zu verbilligen, 2) soziale Sicherheit von Lohnarbeit zu entkoppeln, wohlfahrtsstaatliche Leistungen abzubauen und zu privatisieren und 3) Menschen zu disziplinieren, sie in die Rolle des homo precarius einzuüben und zu sogenannter "Eigenverantwortung" und Selbstmanagement (Foucault würde dies Selbstführung nennen) zu nötigen. Dies verweist darauf, dass Prekarisierung und Individualisierung zusammengehören: jeder und jede einzelne wird auf sich selbst verwiesen, jedes Lebensrisiko wird individualisiert und privatisiert, Flexibilität und Eigenverantwortung zu neuen Arbeits- und Überlebens-Normen erhoben, die soziale Garantien, Rechte und das Solidarprinzip ersetzen.

Diese Prekarisierung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherheit wird gemacht. Sie ist ein neuer Vergesellschaftungsmodus in den Ländern des globalen, industrialisierten Kapitalismus. Sie ist kein naturwüchsiger Prozess, weil nicht genug Arbeit für alle da ist, sondern weil die Kosten der Produktion und sozialen Reproduktion gesenkt werden sollen, um Nationen, Regionen, Märkte, Unternehmen und Individuen wettbewerbsfähig in der neoliberalen Globalisierung zu machen. Kostensenkung geschieht durch Deregulierung der Erwerbsmärkte, durch Lohndruck sowie durch Flexibilisierung und Feminisierung von Beschäftigungsformen und Arbeitszeiten, und Kostensenkung geschieht durch den Abbau wohlfahrtsstaatlicher Transferleistungen, öffentlicher Versorgung auf der Grundlage von Solidarprinzipien sowie durch die Privatisierung öffentlicher Leistungen. Prekarisierung immer größerer Teile der Gesellschaft tritt damit an die Stelle einer Umverteilungs- und Ausgleichspolitik, Umverteilung von Arbeit, von gesellschaftliche produziertem Wohlstand, von sozialer Sicherheit.

2. Prekarität von Lohnarbeit ist der Normalfall in kapitalistischen Produktionsverhältnissen, das sogenannte Normalarbeitsverhältnis war historische Ausnahme.

Der diskursive Bezugspunkt für die Prekarisierung in Europa ist das sogenannte Normalarbeitsverhältnis mit dem staatlich garantierten sozialen Sicherungssystem.

Die Vollbeschäftigung war jedoch auch im goldenen Zeitalter des Fordismus oder rheinischen Kapitalismus nur eine männliche Teilrealität, sozusagen eine halbierte Realität. Denn Frauen waren aus dem Erwerbsmarkt ausgegrenzt oder lediglich als Zuverdienerinnen integriert, meist in ungeschützter, nicht-existenzsichernder Teilzeitarbeit im Dienstleistungssektor. Die sozialen Sicherheiten, die Frauen genossen, waren abhängige Sicherheiten, abhängig vom lohnarbeitenden Ernährermann - insgesamt also eine für die Mehrzahl von Frauen prekäre Situation, die den Fortbestand von Haushalten und niedrige Scheidungsquoten zur Folge hatte. Vollbeschäftigung des weißen Ernährers war nur auf Kosten der Ausgrenzung von Frauen möglich.

Die Prekarität weiblicher Erwerbsbiographien und sozialer Sicherheit veränderte sich durch die Feminisierung der Beschäftigung nicht wesentlich. Diese bestand in der Integration von immer mehr Frauen in die Erwerbsarbeit, allerdings überwiegend in marginalen, flexiblen, niedrigentlohten Positionen. Beispiel: in der EU sind 81 % aller Teilzeitarbeitenden Frauen, 70 % der Mini-Jobberinnen in Deutschland sind Frauen. Frauen als der Reservepool auf den europäischen Erwerbsmärkten sind die Wegbereiterinnen der Flexibilisierung (und der zunächst "atypisch" genannten Beschäftigungsformen) und funktional für die Deregulierung und Entstandardisierung der Märkte.

Dieselbe systemische Funktion haben auch MigrantInnen, die undokumentierten ohnehin, die die Erwerbspyramide ständig unterschichten und von unten auffüllen, wobei sie nur Zugang zu prekären, ungeschützten Jobs haben. In den Ländern des Südens war - mit Ausnahme der ostasiatischen und lateinamerikanischen Industrienationen - informelle, ungeschützte Arbeit zu jedem historischen Zeitpunkt das Normalarbeitsverhältnis. Lohnarbeit funktioniert bis heute nach dem Verschleissprinzip des Manchesterkapitalismus. In den meisten Ländern des Südens hat keine Formalisierung und Standardisierung von Lohnarbeit mit dem Aufbau sozialstaatlicher Strukturen stattgefunden. Proletarisierung ist temporär und prekär, steht

ständig unter der Drohung des Heuern und Feuern, denn es stehen ja tausende Arbeitssuchende in der Warteschleife. Durch die rasche Verlagerung von Produktion im Turbokapitalismus in immer neue Billiglohnländer findet eine neue Form von Prekarisierung der ExportarbeiterInnen in der Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistung statt: die JobgewinnerInnen von gestern sind heute bereits wieder Verliererinnen der Globalisierung, wenn z.B. Fabrikjobs von Bangladesh und Indonesien nach China oder in Heimarbeit verlagert werden.

Das heisst aber, dass die Mehrheit der Weltbevölkerung nie aus der Prekarität herausgekommen ist.

Der rheinische Kapitalismus mit dem Normalarbeitsverhältnis, der keynesianischen Wohlfahrtsstaatlichkeit und einem satten mittleren Konsumstandard war ein historischer Ausnahmezustand. Dessen scheinbare "Normalität" beruhte auf einem Klassenkompromiss, einem Geschlechterkompromiss und einem Entwicklungskompromiss. Durch gewerkschaftliche Kämpfe waren aus den bloßen Arbeitskraftbesitzern Arbeitsplatzbesitzer geworden, die durch relativen Wohlstand und soziale Garantien dem Anspruch nach fair entlohnt wurden. Der Ernährermann sollte einen Familienlohn bekommen, der es erlaubte, Frauen im Rahmen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung weitgehend aus dem Erwerbsmarkt auszuschließen und auf die unbezahlte gesellschaftliche Sorgearbeit zu verweisen. Der post-koloniale Ressourcentransfer aus den Ländern des Südens in den Norden sollte durch Handelsabkommen und Entwicklungshilfe auf eine ausgleichende faire Grundlage gestellt werden. Der Klassen- und der Geschlechterkompromiss sind durch veränderte soziale Kräfteverhältnisse überholt worden. Durch Kostensenkung versuchen nun neoliberale Politik- und Unternehmensstrategien den Ausnahmezustand an den Normalzustand von Erwerbsarbeit im globalisierten Kapitalismus anzupassen.

Der Kapitalismus kehrt zu sich selbst zurück. Prekarität bezeichnet genau den Zustand lohnarbeitender Menschen, ihre Arbeitskraft "frei" oder "freigesetzt" immer wieder auf dem Markt zum Verkauf anzu-

bieten und darauf zu hoffen und zu warten, dass jemand diese Arbeit braucht, wertschätzt und dem Wert bzw. der Wertschöpfung entsprechend bezahlt. Precedere heißt, um etwas bitten müssen und verweist auf die strukturell andere, nämlich abhängige und unsichere Seite dieser "Freiheit" der Lohnarbeit. Prekäre Lohnarbeit als nicht-existenzsichernde, keine soziale Sicherheit und keinen Schutz vor Lebensrisiken garantierende Lohnarbeit ist genauso Teil des gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozesses wie unbezahlte Sorge und Reproduktionsarbeit oder existenzsichernd bezahlte Lohnarbeit. Unterbezahlte, diskontinuierliche Just-in-time Arbeit ist ein wesentliches Konstituens des kapitalistischen Wertschöpfungs- und Akkumulationsprozesses und ein Strukturprinzip der neoliberalen Globalisierung.

3. Gerechtigkeitsorientierte, linke, feministische, anti-rassistische Kritik an der Prekarisierung ist Systemkritik

Wenn wir aber Prekarisierung als einen Normalfall des Lohnarbeitsverhältnisses und als Strukturprinzip des globalisierten Kapitalismus begreifen, dann ist die Kritik an Prekarisierung gleichzeitig Kritik an einer effizienz-, wachstums- und wettbewerbsfixierten Ökonomie, die auf dem Prinzip der freien und prekären Lohnarbeit beruht und Profite nicht Versorgung zum Ziel hat Kritik an neoliberaler Politik und staatlichem Handeln, die die Gemeinwohlorientierung dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit unterordnen, sich aus sozialer Verantwortung zurückziehen und Sparen statt Umverteilen zur Priorität machen.

Kritik an der neoliberalen Globalisierung, die mit unterschiedlichen Methoden und Mechanismen - Prekarisierung ist eine davon - das Soziale und die Solidarität zerschlagen, soziale Polarisierung schafft und damit Gerechtigkeit aushebelt.

Die politische Legitimierung von Prekarisierung ist die Behauptung der Zwangs- oder Naturgesetzlichkeit der globalen Märkte, der Alternativlosigkeit. Prekarisierungskritik will folglich als erstes dieses TINA-Prinzip und den gesellschaftlichen Konsens über die Unvermeidbarkeit von sozialer Ungleichheit, Spaltung und Verunsicherung knacken. Gewerkschaftliche Abwehrkämpfe gegen Deregulierung, Zerschlagung von sozialen Garantien und

Verlagerung von Arbeitsplätzen sind ebenso richtig wie notwendig. Aber sie verfolgen Partikularinteressen derjenigen privilegierten Beschäftigten, die im rheinischen Kapitalismus zu Arbeitsplatzbesitzern avanciert sind und wollen sie davor schützen, in den prekären Zustand der normalen, "freien" Lohnarbeitenden zurückgeworfen zu werden. Das kann aber nur ein Teil des Kampfes gegen Prekarisierung sein.

Die Rückkehr zum keynesianischen Wohlfahrtsstaat des rheinischen Kapitalismus ist aufgrund der geringeren nationalstaatlichen Handlungsspielräume in der Globalisierung nicht möglich und auch nur beschränkt wünschenswert, weil er sich von einem doppelten Ungleichheitsverhältnis näherte, dem Geschlechterverhältnis und dem Nord-Süd-Verhältnis: beide subventionierten mit Ressourcen und Arbeit Funktionsfähigkeit, Wohlstand und Wohlfahrtsstaatlichkeit im Norden. Ebenso ist die Forderung nach Vollbeschäftigung aller aufgrund der Produktivkraftentwicklung illusorisch. Die Prekarisierung entfaltet eine eigene Mobilisierungsdynamik jenseits gewerkschaftlicher Organisation, mit neuen Formen der Politisierung und des Protestes wie der EuroMayDay oder der Frauenstreik- und -forschungstag 2002 in Madrid, mit neuen Formen von Sichtbarkeit und Identitätsstiftung und mit neuen Allianzen zwischen Prekarisierten mit Putzlappen und Laptop, Einheimischen und MigrantInnen, "Illegalisierten", Legalen und Studierenden. Diese Mobilisierung ist praktische Kritik an der Vereinzelung im Neoliberalismus und durch Prekarisierung, wo angeblich nichts mehr gemeinsam, sondern jede/r allein und alles anders ist.

In welche Richtung aber geht die Kritik an der Prekarisierung, auf wen und was zielen Forderungen nach Systemveränderung? Sicher müssen die realpolitischen Abwehrkämpfe von Prekarisierung als politischer und unternehmerischer Strategie und von Prekarität als Strukturprinzip von Arbeit und Überleben als Systemkritik verknüpft werden mit der Orientierung auf visionäre Ziele, d.h. sie müssen über das Konzept des Lohnarbeitsverhältnisses und des fordistischen Wohlfahrtsstaates hinausgehen und auf andere Formen des

Arbeitens und sozialer Sicherheit im Rahmen von solidarischen, versorgungsorientierten Ökonomien des Genug orientieren. Wir kennen die Richtung, aber nicht die Wege in die Richtung. Welche Sicherheiten brauchen wir? Wie können wir das Soziale und die Solidarität neu erfinden und konstruieren? Wie lassen sich Arbeits- und Lebensverhältnisse demokratisieren bzw. wieder aneignen, auch jenseits des Lohnarbeitskonzepts? Wo sind die emanzipatorischen Ansatzpunkte, dass sich Prekarität positiv als Befreiung von Arbeitszwang und fremdbestimmter Lohnarbeit wenden lässt?

Wir wissen, dass es kein universelles Rezept und keinen goldenen Schlüssel in die richtige Richtung geben kann, sondern ein je lokal spezifisch sortiertes Paket von Bauelementen, die einschließen sollten:

- Umverteilung und Neubewertung von bezahlter und unbezahlter Arbeit im Rahmen geschlechtsspezifischer und internationaler Arbeitsteilung
 - Ein bedingungsloses Grundeinkommen als Voraussetzung dafür, dass Arbeit, soziale Sicherheit und Überleben jenseits des Lohnarbeitsverhältnisses möglich werden
 - ein bedingungsloses Recht auf Rechte jenseits von Staatsbürgerlichkeit
- Aufbau neuer Formen von Solidarität, Reziprozität, Demokratie und Moralität des Wirtschaftens.

Beitrag zu einer Podiumsdiskussion beim 3. Österreichischen Sozialforum in Graz, 15.6.2006

Anmerkungen

[1] Kleine Hommage: Die deutsche Soziologin Carola Möller führte 1985 den Begriff "ungeschützte Arbeit" ein, nachdem sie in einer Untersuchung von 15 000 Frauen im Kölner Dienstleistungssektor festgestellt hatte, dass mehr als die Hälfte nicht-existenzsichernd, flexibel und nicht sozialversichert arbeitete. In diesem Kontext sprach sie auch mehrmals von prekären Arbeitsverhältnissen. Als sie Anfang der 1990er Jahre jedoch den Begriff Prekarisierung in den Titel ihres Vortrags beim Deutschen Soziologentag aufnahm, stieß dieser auf großes Unverständnis, obwohl sie damit exakt die Bestimmungsmerkmale vorwegnahm, die heute den Diskurs kennzeichnen.

[2] Castel, Robert (1995): Les métamorphoses de la question sociale, Paris, deutsch 2000

Zur Autorin: Dr.in Christa Wichterich ist Soziologin und arbeitet als freiberufliche Publizistin, Buchautorin, Lehrbeauftragte an Universitäten und als Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Globalisierung und Geschlechter, Ökologie, Frauenarbeit, Frauenbewegungen und internationale Frauenpolitik. Veröffentlichungen u.a.: "Frauen der Welt. Vom Fortschritt der Ungleichheit", Göttingen 1995, "Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit", Reinbek bei Hamburg 1998.
www.wolfsmutter.com

Grundeinkommen – für Frauen der Hit. Leben ohne Arbeitszwang

Stefanie Berg

Ein Grundeinkommen soll unsere bisherigen Sozialsysteme ersetzen. Menschen arbeiten in Zukunft freiwillig und nicht mehr primär, um ihre Existenz zu sichern. Zustände wie im Märchen?

erade für Frauen mit ihren spezifischen Lebensplanungen kann das Grundeinkommen eine absolut aufregende Erfahrung werden. Denn im Prinzip geht es um einen Tabubruch: Arbeit eher als gesamtgesellschaftlich notwendige Tätigkeiten zu definieren und nicht auf die männlich definierte Erwerbsarbeit zu beschränken. Das hätte konkrete Folgen für uns - und unsere sozialen Systeme.

Da ist zum Beispiel Erny Hildebrand. Die gelernte Redakteurin hatte die Nase voll von ihrer Arbeit in einer PR-Agentur. Schreiben über Informationstechnologien, Telekommunikation und Maschinenbau erschien ihr nach 15 Jahren öde. Ihr Traum: Mit kreativem Schreiben im therapeutischen Bereich arbeiten. Notwendig dazu war eine Ausbildung als Heilpraktikerin für Psychotherapie. Diese absolvierte sie nebenberuflich mit einer 20-Stunden-Stelle und tatkräftiger Unterstützung ihres Partners. Heute ist sie mit ihrer Praxis "Freiraum" eine gefragte Adresse in Düsseldorf. "Ich hatte Glück, wäre mein Partner nicht gewesen, hätte ich es mir mit zwei Kindern einfach nicht leisten können." Erny Hildebrand ist überzeugte Anhängerin eines Grundeinkommens. "Mit

einem Grundeinkommen werden Träume wahr", ist sie überzeugt.

Mit diesen Gedanken steht sie nicht allein. Erste "Gedankenspiele" zum Thema Grundeinkommen finden wir schon in Thomas More's "Utopia" im 16. Jahrhundert. Konkret wird es dann im 19. Jahrhundert bei den utopischen Sozialisten. Während Karl Marx an seinem kommunistischen Manifest schreibt, argumentiert Charles Fourier in "La Fausse Industries": Der Mensch habe das Recht zu jagen, zu fischen und Ackerbau zu betreiben - sich zu nähren und zu kleiden. In einer industriellen Gesellschaft bedeute dies, dass die Gesellschaft ihm zumindest Obdach und genug zu essen schulde. Diesen Gedanken nahm auch der britische Visionär John Stuart Mill auf. Dass der Gedanke wieder in Vergessenheit geriet, hat sicher auch mit der noch unterentwickelten industriellen Produktivität zu tun. Heute stehen wir an einem ganz anderen Punkt. Götz W. Werner, Gründer der dm-Drogeriekette und derzeit wohl prominentester Verfechter der Idee, beschreibt es in einem Aufsatz für die GLS Gemeinschaftsbank eG so: "Wovon frühere Generationen in unserem Land nur träumen konnten ist Wirklichkeit geworden: Nie zuvor war eine so gute Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen für die breite Bevölkerung möglich. Wir produzieren insgesamt - wenn auch nicht alle ausreichend daran teilhaben - mehr als wir verbrauchen können; wir leben also in vergleichsweise paradiesischen Zuständen."

Vision

Selbst die eifrigsten VerfechterInnen des Grundeinkommens vermuten, dass die Umstellung der sozialen Systeme und entsprechend der Steuerpolitik rund 20 Jahre dauern würden. Trotzdem lohnt ein Blick in die Zukunft. Wie sähe eine solche Gesellschaft aus?

Jutta Muster hat Innenarchitektur studiert und in diesem Beruf vier Jahre gearbeitet. Ihr Mann Ralf arbeitet als IT-Ingenieur. Sie erwarten ihr erstes Kind und planen die Elternzeit. Beide wollen drei Monate unbezahlten Urlaub nehmen, um die ersten Wochen gemeinsam genießen und bewäl-

tigen zu können. Danach bleibt Jutta noch drei Monate zu Hause. Den Platz in einer guten Kinderkrippe haben sie sicher. Beide wollen noch mehr Kinder und ihre Arbeitszeit auf 20 Stunden die Woche beschränken, bis die Kinder in die weiterführenden Ganztagschulen kommen. Arbeit und Zeit für die Familie ist beiden gleich wichtig. Mit dem Grundeinkommen von 500 Euro für jede Bundesbürgerin und jeden Bundesbürger können sie sich diese flexible Lebensgestaltung gut leisten.

Edith ist 46 Jahre alt und lebt allein. Ihr steht ein Grundeinkommen von 750 Euro zu. Sie ist in ihrem Beruf als gelernte Schneiderin unzufrieden und möchte gern noch mal etwas anderes lernen. So reduziert sie ihre Arbeit auf 15 Stunden die Woche und studiert an der Online-Universität Textil-Design. Das Studium dauert drei Jahre - in der Zeit ist Edith durch das Grundeinkommen plus Gehalt gut abgesichert.

Rainer (28) arbeitet als Lehrer. Der Beruf macht ihm viel Spaß. Er ist ehrenamtlich im Fußballverein und bei einer Umweltorganisation tätig. Um all seine Interessen unter einen Hut zu bekommen, arbeitet er 30 Stunden in der Woche. Sein Lebenspartner Mario geht voll in seinem Beruf als Richter auf. Er arbeitet 40 Stunden in der Woche und verzichtet auf das Grundeinkommen, das bis zu einer Grenze von 2.000 Euro Nettoeinkommen gezahlt wird.

Allein an diesen Beispielen merken wir, wie sehr sich Gesellschaft verändern würde. Die Menschen nehmen ihr Leben in die Hand und können in unterschiedlichen Situationen ohne Existenzangst Veränderungen herbeiführen. In unserer komplexen Gesellschaft, die von stetigen Veränderungen geprägt, ist dies ein paradiesischer Zustand. Natürlich ist das jetzt nur eine Version des Grundeinkommens. Es gibt noch viele andere. Sie reichen vom "Geld für bürgerschaftliches Engagement" - also Bürgergeld nur gegen entsprechende ehrenamtliche Leistungen, über Grundeinkommen nur für bestimmte Bevölkerungsgruppen - also als Ersatz für Arbeitslosengeld und ALG II bis hin zu einer deutlichen Absicherung von rund

1.500 Euro pro Person (Kinder etwas weniger).

Gegenargumente

1. Nicht zu finanzieren?

Gegen dieses "Schlaraffenland" (VDI-Nachrichten vom 12.5.06) gibt es natürlich eine Reihe von Gegenargumenten. Das wichtigste ist wohl die Frage der Finanzierbarkeit - die allerdings noch keineR so richtig beantworten kann. Nehmen wir mal an, alle 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland erhalten ohne Ansicht der Person 500 Euro Grundeinkommen - Kinder wie Erwachsene. Dies wäre ein jährlicher Betrag von 480 Milliarden Euro und eine vierköpfige Familie hätte mit 2000 Euro eine gute Basis. Der Bundeshaushalt der Bundesrepublik beträgt 2006 rund 260 Milliarden Euro. Davon gehen allein 40 Milliarden als Zuschüsse zum Arbeitslosengeld II. Also keine Chance? Das wäre zu kurz gedacht. Denn in die Berechnung müssten auch die Einsparungen einbezogen werden - die Stellen bei Arbeits- und Sozialämtern würden bundesweit enorm reduziert. Kindergeld und Elterngeld würden ersatzlos wegfallen. Die Beiträge der Kommunen zum ALG II fielen weg etc. Götz Werner sagte im Interview mit spiegel-online am 30.11.2005: "Ein Großteil der Summe bezahlt die Gesellschaft ohnehin schon für Sozialleistungen und Subventionen - rund 720 Milliarden Euro, die dann wegfallen würden. Nehmen Sie allein den Grundfreibetrag, den jeder in seiner Einkommensteuererklärung geltend machen kann." Wenn wir von diesen 720 Milliarden ausgehen, könnten alle BundesbürgerInnen jetzt gleich 750 Euro im Monat erhalten. Es finden sich im Internet beim Netzwerk Grundeinkommen verschiedene Beispielrechnungen, die eine entsprechend veränderte Steuerpolitik einbeziehen und nachweisen, dass ein Grundeinkommen zu finanzieren ist. Zudem hätten wir einen recht flexiblen Arbeitsmarkt, in dem Arbeitslosigkeit wirklich nur noch gewollt ist. Und alle könnten sich Sabbatjahre, Zeit für die Kinder und für Ehrenämter gönnen.

2. Alle legen sich auf die faule Haut?

Das zweite immer genannte Argument ist, dass dann keineR mehr arbeiten will. Sind wir denn wirklich so angeödet von unserer Arbeit? Sind wir wirklich einfach nur faul?

Diese Unterstellungen greifen nicht, wenn wir uns genau umschauchen. Die meisten Bürgerinnen und Bürger in diesem Land arbeiten gern. Arbeit bedeutet soziale Kontakte, Anerkennung und Bestätigung der eigenen Fähigkeiten - wenn es gut läuft. Allerdings gibt es natürlich Betriebe, die diese Arbeitsatmosphäre für ihre MitarbeiterInnen nicht schaffen - diese kommen dann wohl in Not - nicht wegen des Grundeinkommens, sondern weil sich die Menschen ihre ArbeitgeberInnen dann aussuchen können. Und hoffentlich dann zu den Besten gehen. Gleichzeitig möchten jedoch auch viele weniger arbeiten. Das rührt von der ständig wachsenden Arbeitsintensität. Die Menschen sind heute nach acht Stunden Arbeit ebenso erschöpft wie früher nach zwölf Stunden. Die Intensität der Arbeit hat in den letzten 20 Jahren deutlich zugenommen. Computer, Internet, Email - alles soll heute schnell und sofort gehen. Gleichzeitig erledigen immer weniger Menschen das gleiche Arbeitsvolumen. Allein der öffentliche Dienst hat in den letzten 15 Jahren (von 1992 bis 2003) fast 1,5 Millionen Arbeitsplätze eingespart. Und zwischen 2002 und 2005 noch mal 250.000. Dabei verringerten sich die zu erledigenden Aufgaben bei weitem nicht im gleichen Umfang. Deshalb ist die Sehnsucht nach mehr Ruhe und freier Zeit bei uns sehr ausgeprägt. In Umfragen sagen allerdings fast alle Menschen, dass sie nicht aufhören wollen zu arbeiten. Und wenn auf Grund eines Grundeinkommens viele Menschen weniger arbeiten? Dann haben die acht Millionen (real gerechnete, nicht statistische) Arbeitslosen doch wieder reelle Chancen im Arbeitsmarkt. Und junge Menschen müssten nicht erst drei Jahre lang Praktika absolvieren, bevor sie für ihre Arbeit ordentlich bezahlt werden.

3. Wer macht dann die "fieseren Arbeiten" wie Müllabfuhr oder ähnliches?

Es gibt in der Tat Arbeiten in unserem Land, die nicht besonders attraktiv sind. Bei solchen Tätigkeiten gibt es immer vier Möglichkeiten: sie zu automatisieren, die Arbeit gut zu bezahlen, sie liegen zu lassen oder sie selbst zu machen. Hier wäre Fantasie und Kreativität gefragt. Allerdings ist ja das Grundeinkommen zumindest in den ersten Jahren "nur" eine Abdeckung der grundlegendsten Bedürfnisse wie Es-

sen, Obdach und Kleidung. Alles weitere müssten sich die Menschen hinzu verdienen - wer also gern konsumiert, der arbeitet auch entsprechend. Und es gibt in der Diskussion auch eine ziemliche Arroganz. Denn wer weiß denn wirklich, ob die meisten Müllfahrer oder Kassiererinnen im Supermarkt ihre Arbeit nicht gern erledigen?

Wir bauen um...

Die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland steht am Scheideweg. Hans-Peter Martin und Harald Schumann (beide Spiegel-Redakteure) beschrieben 1996 in ihrem Buch "Die Globalisierungsfalle" folgenden Vorgang: 1995 lud Michail Gorbatschow 500 führende PolitikerInnen, WirtschaftsführerInnen und WissenschaftlerInnen zu einem "Brain Trust" in das noble Fairmont-Hotel in San Francisco. Sie sollten sich hinter verschlossenen Türen Gedanken über das 21. Jahrhundert machen. Die Einschätzung war verheerend: Nur rund 20 Prozent aller Arbeitskräfte werden in der Zukunft benötigt. Der Rest von 80 Prozent der Menschen müsse mit "tittytainment" bei Laune gehalten werden. Das Wort - eine Schöpfung aus tits=Busen und entertainment=Unterhaltung - signalisiert: Mit einer überladenen Medien- und Spielgesellschaft, dazu genug billiges Essen werden "die Massen" ruhig gestellt. Das aber hat schon bei den alten Römern nur eine Zeit lang funktioniert.

Festzuhalten ist: Hohe Arbeitslosigkeit begleitet uns seit langem - und vermutlich wird sie eher weiter steigen als sinken. Allerdings gibt es in unserer Gesellschaft genug zu tun - wenn man Arbeit nicht nur als Erwerbsarbeit, sondern als gesellschaftlich notwendige Tätigkeit definiert. Dieser Begriff umfasst die Lohnarbeit genauso wie soziale Tätigkeiten im weitesten Sinn. Erst wenn wir Arbeit auf diese Weise neu bestimmen, erhält zum Beispiel die zumeist von Frauen geleistete so genannte "unbezahlte" Arbeit [die das Statistische Bundesamt 2001 auf jährlich ca. 820 Milliarden Euro in Deutschland bezifferte] ihren gesellschaftlich angemessenen Stellenwert. Ein Grundeinkommen könnte deshalb der Einstieg in eine würdige und wahrhaft zivilisierte Gesellschaft bedeuten, der die Menschen und nicht den Profit am

Finanzmarkt in den Mittelpunkt politischen und wirtschaftlichen Handelns stellt. Dieser Artikel erschien erstmals im Juni 2006 bei perspektive:blau und wurde für Wolfsmutter.com leicht überarbeitet.

Zur Autorin:

Stefanie Berg, geboren 1959 in Ostwestfalen, studierte Publizistik, katholische Theologie und Politik und gründete 1991 die PR-Agentur Conosco in Düsseldorf. Sie ist Mitbegründerin des Netzwerks Düsseldorf Unternehmerinnen und Sprecherin der Partei frau macht zukunft.

Weiterführende Links

blog.fraumachtzukunft.de

www.gutesleben.org

www.unternimm-die-zukunft.de

www.netzwerk-grundeinkommen.de

Aktionen/Resolutionen/Netzwerke

Selbstbestimmt und vernetzt: Sexarbeiterinnen fordern ihre Rechte

Fachtagung Prostitution gegen gesellschaftliche Marginalisierung

Ende August 2006 fand bei Bochum die 37. Fachtagung Prostitution statt. Über 40 Vertreterinnen von Beratungsstellen, aktive SexarbeiterInnen und andere Expertinnen diskutierten die aktuellen europäischen Veränderungen und Herausforderungen im Bezug auf Sexarbeit.

Vom 30. August bis 01. September 2006 fand bei Bochum in Deutschland die 37. Fachtagung Prostitution statt. Über 40 Vertreterinnen von Migrantinnen- und Prostituiertenberatungsstellen, aktive SexarbeiterInnen und andere Expertinnen aus dem deutschsprachigen Raum diskutierten die aktuellen europäischen Veränderungen und Herausforderungen im Bezug auf Sexarbeit.

"Die zunehmenden staatlichen Repressionen in ganz Europa verändern die Prostitutionsszene und richten sich besonders gegen Migrantinnen in der Prostitution", erklärt Doris Cordova, Vertreterin von LEFÖ/TAMPEP Österreich die Situation im

Kontext der Internationalisierung der Prostitution. Europaweit sind etwa 60-80% der Sexarbeiterinnen Migrantinnen, wie das europäische Netzwerk TAMPEP in einer aktuellen Erhebung feststellt. "Ihre Rechte als Frauen, als Migrantinnen und als Sexarbeiterinnen müssen den Fokus jeder Maßnahme darstellen. Stattdessen werden sie aber weiter illegalisiert und kriminalisiert", so Cordova.

Sexarbeiterinnen - als professionelle Anbieterinnen von Dienstleistungen - haben in den meisten europäischen Ländern keinen Anspruch auf einen fairen rechtlichen Arbeitsrahmen und staatlichen Schutz ihrer Rechte. "Die Nachfrageseite - also die Sexindustrie - ist reguliert und legal. Die Frauen, die in dem Bereich arbeiten, sind gesellschaftlich stigmatisiert und werden rechtlich verfolgt und bestraft, willkürlich verhaftet, abgeschoben und ausgewiesen." Diese Doppelmoral ist eine Gefahr für die Betroffenen und geht auf Kosten ihrer Menschenrechte. LEFÖ fordert daher bereits seit Jahren auch für Österreich - ähnlich wie in Deutschland - entsprechende Regelungen, um angemessene Arbeits- und Lebensbedingungen für Sexarbeiterinnen sicherzustellen. "Es geht um grundlegende Rechte. Das ist nicht verhandelbar.", so Cordova abschließend.

Die nächste Fachtagung Prostitution findet von 23.-24. März 2007 erstmals in Wien statt. Für die Expertin von LEFÖ eine große Chance: "Wir werden wieder dabei sein und diesmal besonders die Situation in Österreich problematisieren. Wir arbeiten hier seit 15 Jahren für die Rechte von Sexarbeiterinnen. Es ist höchste Zeit, dass diese Menschenrechte endlich auch gesetzlich umgesetzt werden!".

Hintergrund

LEFÖ Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen: www.lefoe.at

LEFÖ ist eine Organisation von und für Migrantinnen und wurde 1985 von exilierten Frauen aus Lateinamerika gegründet. Im Laufe der letzten 20 Jahre hat LEFÖ versucht, auf die veränderten Bedürfnisse von Migrantinnen zu reagieren, die Folge neuer und komplexer Migrationsströme sind. Bei der Arbeit mit Migrantinnen in der Sexarbeit und mit Betroffenen von Frauenhandel konnte dabei Pionierarbeit ge-

leistet werden. Die hohe Präsenz von weiblichen Migrantinnen in Westeuropa und die oft ausbeuterische Arbeits- und Lebenssituation, in der sie sich befinden, ist bis heute ein unterbelichteter Aspekt der Verletzung von Menschen- und Frauenrechten und bildet die Grundlage für die Arbeit von LEFÖ. Das Konzept von LEFÖ ist eines der aktiven Partizipation und nicht eines der "passiven Hilfesuchenden". Es geht darum, sich für die Rechte der betroffenen Frauen einzusetzen und sie darin zu unterstützen, ihre Rechte selbst einzufordern.

LEFÖ arbeitet seit 1993 für die Rechte von Migrantinnen in der Sexarbeit und ist Teil des europäischen Netzwerks TAMPEP.

TAMPEP: Ein europäisches Netzwerk zu Sexarbeit: www.tampep.com

TAMPEP wurde 1993 als Antwort auf die Bedürfnisse von migrierten Sexarbeiterinnen in Europa gegründet. Es fördert die Selbstorganisation und Mitbestimmung der Sexarbeiterinnen, basierend auf den Grundsätzen der Gleichheit und der Menschenrechte. Das Projekt setzt sich dafür ein, migrierten Sexarbeiterinnen einen gleichberechtigten Zugang zu Unterstützungsangeboten zu ermöglichen und ihnen Gehör zu verschaffen. TAMPEP ist ein Interventionsprojekt mit einem internationalen Netzwerk in 24 europäischen Ländern. Dieser Zusammenschluss ermöglicht es, die Veränderungen in der Migrationsbewegung zu beobachten. Dabei liegt der Fokus auf der Einschätzung der Situation und der Bedürfnisse von weiblichen und transgener Sexarbeiterinnen aus Mittel- und Osteuropa, Asien, Afrika und Lateinamerika und der Entwicklung adäquater Antworten. Das Projekt erreicht Personen aus mehr als 50 verschiedenen Nationen.

Aus den Sisters in crime werden die mörderischen Schwestern

Vereinigung deutschsprachiger
Krimiautorinnen

Das German Chapter des internationalen Netzwerkes unterstreicht durch die Umbenennung seine Eigenständigkeit und will auch ausdrücken, dass es sich durchaus ernsthaft mit den Ursachen und Folgen von Gewalt auseinandersetzt.

Seit mehr als zehn Jahren gibt es sie schon, die Sisters in Crime. German Chapter. Sie sind die deutschsprachige Sektion der 1987 von Sara Paretsky und anderen erfolgreichen US-Autorinnen ins Leben gerufenen internationalen Vereinigung von Krimiautorinnen. Weltweit gehören ihr mehr als 3.100 Mitglieder an, untergliedert in mehr als 50 vorrangig nationale Gruppen.

Die deutschsprachigen Sisters in Crime haben sich nun einen neuen Namen gegeben. Ihre rund 300 Mitglieder aus Deutschland, Österreich und der Schweiz firmieren ab sofort unter dem Namen Mörderische Schwestern. "Natürlich morden wir nur auf dem Papier und in unserer Fantasie", erklärt die derzeitige Präsidentin der Mörderischen Schwestern, Beatrix M. Kramlovsky. "Trotzdem ist unser Name nicht nur schwarzhumorig gemeint, sondern soll auch ausdrücken, dass wir uns in unserer Literatur durchaus ernsthaft mit den Ursachen und Folgen von Gewalt auseinandersetzen." Ihrem alten Ziel, der Diskriminierung von Frauen im Krimigenre entgegenzuwirken, werden die Mörderischen Schwestern weiterhin treu bleiben. Zugleich wollen sie aber die Eigenständigkeit der deutschsprachigen Krimiautorinnen stärker hervorheben. "Wir bleiben weiterhin den amerikanischen Sisters in Crime verbunden und im internationalen Netzwerk aktiv", so die Wiener Autorin Beatrix M. Kramlovsky weiter. "Aber als deutschsprachige Europäerinnen wollen wir auch eigener Befindlichkeit, Identität und Bedürfnissen, sowie den Regeln des hiesigen Buchmarkts Rechnung tragen."

Diese Orientierung wird auch durch ein neues Logo unterstrichen, das fortan von den Mörderischen Schwestern verwendet wird. Entwickelt wurde das Logo von der Krefelder Grafikerin und Krimiautorin Ina Coelen, die ebenfalls Mitglied bei den Mörderischen Schwestern ist.

Zur 1996 ins Leben gerufenen deutschsprachigen Gruppe zählen rund 300 Autorinnen und Förderinnen des Frauenkrimis, darunter so renommierte Krimiautorinnen wie Edith Kneifl, Milena Moser, Ingrid Noll, Sabine Deitmer und Susanne Mischke. Dass das Engagement und der bisherige Erfolg der Mörderischen Schwestern europäische "Nachahmerinnen" findet, zeigt

die Absicht der italienischen Krimiautorinnen: Analog zu den deutschsprachigen Kolleginnen wollen sie sich künftig in einem ähnlich strukturierten Netzwerk organisieren. Auch die schwedischen und finnischen Schriftstellerinnennetzwerke diskutieren bereits emsig über einen losen, freundschaftlichen Austausch mit ihren Mörderischen Schwestern nach. Die europäische Familie der Krimiautorinnen wächst also stetig an.
Mörderische Schwestern www.sinc.de

Die Spinnen e.V. machen weiter

Die Regionalstellen Frau & Beruf
hören auf

An dieser Stelle wollen wir, die Mitarbeiterinnen des Projekts "Regionalstelle Frau und Beruf", uns verabschieden. Wie die meisten sicherlich verfolgt haben, ist das komplette Netz der 47 Regionalstellen in NRW der Streichpolitik der Landesregierung zum Opfer gefallen. Damit verschwindet neben vielen anderen Angeboten ein Baustein kommunaler und landesweiter Frauenpolitik in NRW und damit natürlich auch in Essen.

Die "Regionalstelle Frau und Beruf", gefördert aus Mittel des Landes NRW und der Europäischen Union, war eines der wichtigsten Projekte des Vereins "Die Spinnen e.V.". Um auch in Zukunft neue Angebote zum Thema "Frauen und Beruf" in Essen zu platzieren, muss deshalb ein Teil unserer Aktivitäten nun darin bestehen, neue Mittel auf Landes- und EU-Ebene zu akquirieren.

Neben der Arbeit der "Regionalstelle Frau und Beruf" hat der Verein sich in der Vergangenheit als die Fachstelle für Frauen und Beruf in dieser Stadt verankert. Hier auf werden wir auch weiterhin unseren Schwerpunkt legen und die bisherigen Aktivitäten weiter ausbauen.

Unser kommunal gefördertes Standbein wird weiterhin in der psycho-sozialen Beratung für ALG II-Bezieherinnen liegen.

Darüber hinaus beraten wir als Verein aber auch weiterhin alle Frauen in den Fragen, in denen wir über die vielen Jahre Kompetenzen erworben haben, allerdings müssen wir in Zukunft ein - entsprechend dem Einkommen verträgliches - Entgelt dafür erheben.

In weiteren Themenbereichen erschließen wir zur Zeit neue Geschäftsfelder. Jede Frau, die uns unterstützen, begleiten, ihr Angebot in unseren Räumen platzieren will oder einfach nur eine Idee hat, ist herzlich willkommen.

zukünftig

Die Spinnen e.V., Essener Fachstelle für Frauen und Beruf, Bäuminghausstraße 46 45326 Essen, Tel. 0201 / 31 10 71, Fax. 0201 / 31 10 72 www.diespinnen.de

Fachwissen über häusliche und sexualisierte Gewalt und ihren Einfluss auf Schwangerschaftsverläufe und Geburtsvorgänge erforderlich

Pressemitteilung des Netzwerk
Frauengesundheit Berlin zum Internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen am
25.11.2006

Die Auswirkungen von Gewalt gegen Frauen auf die Schwangerschaft, die Geburt und die Zeit danach für Frauen und Kinder sind nach wie vor tabuisiert.

Das Netzwerk Frauengesundheit Berlin fordert eine stärkere Sensibilisierung, Kooperation und Fortbildung im Gesundheitsversorgungsbereich, um Frauen und ihre Kinder besser schützen zu können.

Jede vierte in Deutschland lebende Frau erfährt im Laufe ihres Lebens häusliche Gewalt durch einen aktuellen oder ehemaligen Lebenspartner. In der für Deutschland ersten repräsentativen Studie (N=10.264) zum Ausmaß von Gewalt gegen Frauen wurde eine Schwangerschaft von 10% und die Geburt des Kindes von 20% der betroffenen Frauen als lebenszeitliches Ereignis angegeben, bei dem Gewalt durch den Partner zum ersten Mal auftrat. Sexuelle Missbrauchserfahrungen machen ca. 20 bis 30% aller Frauen im Kindes- und Jugendalter.

Gewalterfahrungen führen zu akuten und langfristigen gesundheitlichen Folgen, die sich auch erheblich auf die Schwangerschaft und die Geburt als auch die Zeit danach auswirken können. Für Frauen mit sexueller Missbrauchserfahrung können medizinische Untersuchungen, die Veränderungen in der Schwangerschaft, die Geburt selbst und die Stillzeit sehr belastend sein, da durch den erlebten Kontrollverlust Erinnerungen wach werden kön-

nen, die Angst auslösen und sehr bedrohlich werden können. Ein Teil der Frauen erinnert sich wiederum nicht an die frühe Gewalterfahrung und kann die sie überwältigenden Gefühle und körperlichen Reaktionen nicht einordnen. Schwangerschaft als Folge einer Vergewaltigung kann zu einer doppelten Traumatisierung führen: Zum einen bedeutet es die Verletzung des sexuellen Selbstbestimmungsrechts und der Integrität der Frau, zum anderen bedeutet eine daraus resultierende Schwangerschaft einen massiven Eingriff in den gesamten Lebensentwurf und die Lebensgestaltung der Frau.

Für die Frauen ist es sehr schwer, ihre Situation anzusprechen und sie erleben immer noch sehr häufig, dass sie nicht ernst genommen oder ihre Schilderungen abgewehrt werden. Dies kann ebenfalls zu Retraumatisierungen führen, die negative Auswirkungen auf die Schwangerschaft, die Geburt und die Entwicklung des Kindes haben können. Häusliche Gewalt wirkt sich direkt und indirekt auf die schwangere Frau und ihr Kind aus. Eine direkte Folge sind Verletzungen, sie können zu Fehlgeburten bis hin zu tödlichen Konsequenzen für die Frau führen. Indirekt beeinflusst häusliche Gewalt das Gesundheits- und Vorsorgeverhalten der schwangeren Frauen. Über vermehrte Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt berichteten in der bundesdeutschen Repräsentativbefragung ein Drittel der von sexueller bzw. häuslicher Gewalt betroffenen Frauen (Müller/Schrötte 2004: 153).

Betroffene Frauen kompensieren ihre Belastungen häufiger mit Drogen, Alkohol- und Zigarettenkonsum, was negative Auswirkungen zur Folge hat. Die Schwangerschaft wird problematischer erlebt und die Frauen fühlen sich zu Beginn der Mutterschaft oft verunsichert. In der Literatur wird die Zeit nach der Geburt häufig mit postnatalen Depressionen, Steigerung von Gewalt und Kindesmisshandlung in Zusammenhang gebracht. Eine Assoziation zwischen Partnergewalt und Schwangerschaftsdepression sowie posttraumatischen Belastungsstörungen ist belegt.

Angesichts dieser Erkenntnisse sieht das Netzwerk Frauengesundheit Berlin dringenden Informations- und Handlungsbedarf im Gesundheitsversorgungsbereich.

Was ist zu tun?

Alle beteiligten Professionellen haben eine sehr hohe Verantwortung im Umgang mit Frauen, der sie nur durch eine entsprechende Sensibilisierung, Schulung und Kooperation gerecht werden können. Schwangerschaft und Geburt sind Zeiten besonderer Veränderung. Es ist bekannt, dass von Gewalt betroffene Frauen den Wunsch haben, das neugeborene Kind zu schützen und offen sind für Veränderungen. Während einer Schwangerschaft und Geburt besteht aufgrund des häufigen Kontakts mit Gesundheitsversorgungseinrichtungen die Möglichkeit, dass sich eine vertrauensvolle Beziehung zwischen Gesundheitsfachkräften und betroffenen Frauen entwickelt. Hebammen, Pflegekräfte, Ärzte und Ärztinnen verfügen daher über besondere Interventionsmöglichkeiten gegen Gewalt, die verstärkt genutzt werden sollten.

Um eine schwangere Frau kompetent zu begleiten und ihr sowie ihrem Kind Schutz und Unterstützung bieten zu können, ist Fachwissen über häusliche und sexualisierte Gewalt und ihren Einfluss auf Schwangerschaftsverläufe und Geburtsvorgänge erforderlich. Die Gewaltthematik muss systematisch Eingang in Aus-, Fort- und Weiterbildung aller begleitenden Fachpersonen bei Schwangerschaft und Geburt finden. In den letzten Jahren wurden entsprechende Handlungsempfehlungen entwickelt. Sie sollten eine stärkere Beachtung erhalten und als neue Versorgungsstandards etabliert werden.

Eine stärkere Einbeziehung sozialer Dienste und gesundheitlicher Einrichtungen kann zu einer verbesserten Unterstützung für gewaltbetroffene Frauen führen. Der Umgang mit Frauen nach Gewalterfahrung erfordert neben Fachwissen und Einfühlungsvermögen ebenfalls ein hohes Maß an interdisziplinärem Austausch und einer Koordination der Fachpersonen im Betreuungsbereich. Wir begrüßen die Förderung des BMFSFJ von Projekten zum Schutz von Kindern vor Gewalt. Wir brauchen aber eine breitere Sensibilisierung und Handlungskompetenz unter Fachpersonen, die eine Schwangerschaft und Geburt begleiten, um Gewalt

gegen Frauen und Kinder besser begegnen zu können.

Netzwerk Frauengesundheit Berlin:
www.frauengesundheit-berlin.de

Weitere Informationen:

Feministisches Frauengesundheitszentrum e.V.:

www.ffgz.de

Berliner Hebammenverband e.V.:

www.berliner-hebammenverband.de

LARA - Krisen- und Beratungszentrum für vergewaltigte und sexuell belästigte Frauen e.V.: www.lara-berlin.de

RuT - Rad und Tat e.V., Schillerpromenade 1, 12049 Berlin, Tel: 030-621 47 53, Fax: 030-621 47 53

radundtatberlin@compuserve.de

Lesben und Alter

Bericht über die dritte bundesweite Fachtagung

35 Fachfrauen aus Altenpflege, Frauenberatung und Senior/innenarbeit trafen sich vom 17.-19. 11. 2006 in Berlin zur 3. bundesweiten Fachtagung Lesben & Alter.

Lebensweltorientierte Pflege und neue Wohnformen im Alter standen ebenso auf der Tagesordnung wie Ehrenamtlichkeit und das Thema Sterben.

In Altenheimen und in der offenen Seniorenarbeit werden Frauen liebende Frauen nicht wahrgenommen. Aus Scham oder Angst vor Diskriminierung verschweigen vor allem diejenigen Frauen liebenden Frauen, die siebzig Jahre und älter sind, einen zentralen Anteil ihrer Persönlichkeit.

Die sogenannten "jungen Alten" unter den lesbischen Frauen erkennen in den traditionellen Einrichtungen der Altenpflege und Altersbegleitung einen Mangel an Wissen und Sensibilität im Umgang mit gleichgeschlechtlichen Lebensformen.

Die Bundesweite Fachtagung Lesben und Alter setzt sich ein für lesbenrespektierende Strategien des Diversity Managements.

Mit folgenden Forderungen wendet sich die bundesweite Fachtagung Lesben und Alter an Bundes- und Kommunalpolitik und an die Gremien der Altenarbeit:

1. Finanzielle Förderung der Angebote für ältere Lesben in Form von Personalmitteln für die Koordination ehrenamtlicher Multi-

plikatorinnen in den bestehenden professionellen FrauenLesbenprojekten.

2. Finanzierung selbstbestimmter, diskriminierungsfreier Wohnobjekte für Frauen/Lesben unter Berücksichtigung bereits entwickelter Ansätze des selbstorganisierten, generationenverbindenden Wohnens. Hier sollte eine Mischfinanzierung von öffentlich gefördertem und frei finanziertem Wohnungsbau ermöglicht werden.

3. Unterstützung bei der Entwicklung und Verankerung lesbenrespektierender Fortbildungen in der Altenhilfe- und Altenpflege. Weiterentwicklung und Anwendung der Strategien des Diversity Managing im Ausbildungs- und Fortbildungsbereich der Altenpflege.

4. Bereitstellung von Forschungsgeldern für die Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse zur Lebenssituation alter lesbischer Frauen.

Die Bundesweite Fachtagung Lesben und Alter stellt sich mit ihrer Kompetenz und ihrem Expertinnenwissen als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Carolina Brauckmann, Köln:

info@brauckmannkommunikation.de

Bea Trampenau, Hamburg:

info@lesbenverein-intervention.de

Jutta Brambach, Berlin:

radundtatberlin@compuserve.de

www.lesbischeinitiative.rut.de

Verschwiegen. Verdrängt. Vergewaltigt. Gewalt gegen Lesben hat viele Formen

Der 25. November war der weltweite Aktionstag zur Beseitigung jeder Form von Gewalt gegen Frauen. Dazu erklärten Julia Borggräfe, Sprecherin des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) und Elke Heinicke, Sprecherin des Lesbenrings:

Weltweit werden Frauen, die gegen traditionelle Rollenbilder verstoßen geächtet, vergewaltigt, verfolgt und ermordet. Viele dieser Frauen sind Lesben. Lesbische Frauen haben es in vielen Ländern besonders schwer, ein selbstbestimmtes Leben frei von Verfolgung und Anfeindungen zu leben, oft werden ihre Menschenrechte mit Füßen getreten.

Aus Angst vor zusätzlichen Repressionen verschweigen Lesben ihre sexuelle Orientierung. Ein Outing geht in aller Regel mit dem Verzicht auf die Solidarität von männlichen Gefährten und der Familie einher. Nach wie vor wird die Verfolgung lesbischer Frauen unter Hinweis auf Traditionen und Kulturen gerechtfertigt. Deutschland muss Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Identität verfolgt werden, Schutz gewähren.

Erschreckende Nachrichten erreichen uns aus vielen Ländern. Im Iran und Saudi Arabien droht Lesben die Todesstrafe. In Bangladesch oder Malaysia wird versucht, ihnen das "widernatürliche Verhalten" mit hohen Gefängnisstrafen "abzugewöhnen". Aber auch in Ländern, die Homosexualität offiziell nicht mehr unter Strafe stellen, werden Lesben verfolgt oder psychiatrisiert.

Der Gedenktag wurde 1981 bei einem Treffen lateinamerikanischer und karibischer Feministinnen ausgerufen. Das Datum verweist auf die Ermordung der drei Mirabal-Schwestern durch den dominikanischen Diktator Trujillo im Jahr 1960. Die Familie Mirabal gehörte zum dominikanischen Widerstand, der sich den Sturz des seit 30 Jahren herrschenden Trujillo-Clans zum Ziel gesetzt hatte.

www.lesbenring.de, www.lsvd.de

In Afghanistan gelten Menschenrechte immer noch nicht für Frauen

Presseerklärung von medica mondiale

Hauser: „Afghanischer Regierungsapparat nachlässig und ignorant“ – Bundesregierung zum Handeln aufgefordert

Köln, 8. Dezember 2006. Zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember erinnert medica mondiale an die Bedeutung der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" vom 10. Dezember 1948 für die Rechte der Frauen weltweit und verweist besonders auf die nach wie vor menschenverachtende Situation der Frauen in Afghanistan.

Die Organisation, die seit vier Jahren verschiedene Hilfsprojekte für Frauen und Mädchen vor Ort entwickelt und steuert, erklärte..., dass das afghanische Gesetz zwar offiziell für Männer und Frauen glei-

che Rechte vorsehe – in der Praxis jedoch werde die Situation für Frauen „quasi täglich gefährlicher“.

So nähmen Angriffe auf Frauen permanent zu. medica mondiale-Geschäftsführerin und Gründerin Dr. Monika Hauser: „Die Ermordung der Frauenbeauftragten der Provinz Kandahar Safia Ama Dschan im September stellt nur die tragische Spitze des Eisberges dar. Ob Regierungsvertreterinnen oder andere Frauen und Mädchen – die Spirale von Gewalt und Unterdrückung dreht sich weiter in Afghanistan.“

Hauser sagte, von der Umsetzung der UN-Resolution 1325 sei man in Afghanistan „noch sehr weit entfernt“. Diese Resolution hat zum Ziel: Prävention von Gewalt gegen Frauen, den Schutz von Frauen vor Gewalt und die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an Wiederaufbau-Prozessen in Kriegs- und Krisengebieten. Die medica-mondiale-Gründerin forderte die Bundesregierung auf, den Verantwortlichen im afghanischen Regierungsapparat „unmissverständlich klar zu machen, dass ihr Land nach wie vor zu einem der frauenverachtendsten der Welt“ gehöre. „Wer die Frauenrechte seines Landes so nachlässig und ignorant behandelt dies die Verantwortlichen in Afghanistan tun, dem kann man nicht glauben, an Demokratie und Menschenrechten wirklich interessiert zu sein. Es ist höchste Zeit, ihnen dieses auch deutlich zu sagen!“, so Hauser.

Sie forderte außerdem, die Internationale Gemeinschaft müsse die weitere Geldvergabe an Afghanistan endlich an die Umsetzung von Frauenrechten und dem Schutz von Frauen koppeln.

www.medicamondiale.org

Wieczorek-Zeul ruft zu verstärktem Kampf gegen Genitalverstümmelung auf

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) hat am 12. Dezember angekündigt, nationale und internationale Anstrengungen im Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung weiter zu verstärken und besser als bisher zu vernetzen. Anlass ist eine Konferenz in Berlin, auf der bis zum 13. Dezember rund 100 internationale VertreterInnen von Verbänden, Initiativen und Regierungsbehör-

den Erfahrungen aus Afrika und Europa im Kampf gegen Genitalverstümmelung diskutieren.

Die Ministerin wies darauf hin, dass Genitalverstümmelung eine der schwersten Menschenrechtsverletzungen unserer Zeit sei - weltweit sind schätzungsweise 150 Millionen Frauen von ihr betroffen. Vor allem in Afrika und auf der arabischen Halbinsel ist diese Praxis verbreitet. Schwere gesundheitliche Schäden und eine extrem hohe Mütter- und Säuglingssterblichkeit sind die Folge.

Aktionsplan für Deutschland gefordert

Die Geschäftsführerin von Terre des Femmes, Christa Stolle, forderte anlässlich der Konferenz einen Aktionsplan zum Schutz von Mädchen vor weiblicher Genitalverstümmelung in Deutschland. Nach neuesten Berechnungen der Frauenrechtsorganisation leben hierzulande über 19.000 Frauen, die bereits von dieser schweren Menschenrechtsverletzung betroffen sind, mindestens 4.000 Mädchen sind gefährdet

zwd Berlin

Themen

"Grünes Licht für Europäisches Gleichstellungsinstitut!"

Es ist ein Riesenschritt für die Gleichstellung in Europa, dass das Gender Institut nun Realität wird. Es braucht ein unabhängiges, eigenständiges Institut, um sicherzustellen, dass das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern nicht unter den Tisch fällt. Es bleibt zu hoffen, dass das Institut nicht nur eine Datensammelstelle wird, sondern auch innovative Beiträge zur Lösung der Geschlechterdiskriminierung leistet.

Es war sehr wichtig, dass das Europaparlament deutlich gemacht hat, dass dazu eine starke Frau an der Spitze notwendig ist. Die Entscheidung über die Direktorin wird nicht über den Kopf des Parlaments hinweg entschieden werden. Es wurde durchgesetzt, dass die Bewerberinnen dem EP-Frauenausschuss Rede und Antwort stehen müssen.

Die Feierstimmung über das Gender-Institut kann jedoch die Katerstimmung über den Stillstand in der EU-Kommission nicht verdecken. Das europäische Gender-Institut kann keine konkrete Politik und Gesetze ersetzen. Es darf nicht zum Alibi für Untätigkeiten bei Gesetzesinitiativen werden. Die EU-Kommission ist aufgefordert, neue Gesetzesvorschläge auf den Tisch zu legen

"Mit der Entscheidung für Vilnius als Sitz steht das Gleichstellungsinstitut kurz vor dem Start", so Lissy Gröner. "Als Berichterstatterin wollte ich das Institut zwar so nah wie möglich an den Orten der politischen Entscheidungen angesiedelt wissen, ich erwarte aber, dass der neue Mitgliedstaat Litauen mit großem Engagement den Aufbau des Instituts unterstützt. Die erfolgreiche Arbeit des Instituts steht und fällt mit den Menschen, die engagiert gleichstellungspolitisch arbeiten wollen", so die Koordinatorin und Berichterstatterin der SPE im Lissy Gröner. "

"Das Europäische Gleichstellungsinstitut muss so bald wie möglich im Jahr 2007 seine Arbeit aufnehmen", Lissy Gröner. ", die mit dem finnischen Ratsvorsitz und der EU Kommission ein Paket von Änderungsanträgen ausgehandelt hat, um eine Einigung in zweiter Lesung zu erreichen.

"Als Berichterstatterin fordere ich einen kleinen Verwaltungsrat mit Rotationssystem der Mitgliedsländer. Das minimale Startbudget des Gleichstellungsinstituts darf nicht noch durch hohe Verwaltungskosten überfrachtet werden. Auch bei der Auswahl der Leitung des Instituts wird es auf Druck des Europäischen Parlaments eine öffentliche Anhörung vor dem Frauenausschuss im Parlament geben", so Lissy Gröner. ". Mit der jetzigen Einigung macht das Parlament den Weg frei für einen weiteren Meilenstein für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa.

Hintergrundinformation:

Das Parlament nahm seine Stellungnahme zu dem am 8. März 2005 veröffentlichten Kommissionsvorschlag am 14. März 2006 in erster Lesung mit 50 Änderungsanträgen an. Der Rat legte seinen gemeinsamen Standpunkt am 21. September 2006 fest und berücksichtigte dabei 35 Änderungsanträge des Parlaments. Ange-

sichts des von allen drei Institutionen wiederholt geäußerten Wunsches, das Institut möge seine Tätigkeit sobald wie möglich im Jahr 2007 aufnehmen, handelten der Ratsvorsitz und die Ko - Berichterstatte-
rinnen mit Unterstützung der Kommission ein Paket von Änderungsanträgen aus, um eine frühzeitige Einigung in zweiter Lesung zu erreichen.

Benachteiligung von Frauen bei der Rentenreform

Frankfurt/M. 2006-12-01; Frauen werden durch die geplanten Rentenreformen massiv benachteiligt. Das meint der Verbund der FinanzFachFrauen anlässlich der vom Kabinett beschlossenen Verlängerung der Lebenszeit auf 67 Jahre.

Die Altersrenten von Frauen sind niedriger als die von Männern. Dieser Trend werde sich auch zukünftig nicht verändern, weil Frauen niedrigere Gehälter beziehen, weniger Erwerbsjahre zusammen bekommen und öfter in Teilzeit-Arbeitsverhältnissen arbeiten. Die staatliche Familienpolitik plant deshalb neuerdings eine Umlenkung von Zuwendungen auf Kinderbetreuung und Elterngeld. Berufstätigkeit von Frauen soll dadurch "stetiger" und die geschlechtsspezifische Kluft bei den Altersrenten verkleinert werden.

Schade sei nur, dass die Renten- und Sozialpolitiker zurzeit alles daran setzen, um dieses Licht am Ende des "Rententunnels" wieder zunichte zu machen.

Erster Streich sei die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre. Sie werde zu weiteren Rentenabschlägen bei Frauen führen, die "schon" mit 65 Jahren in Rente gehen müssen. Die Ausnahmeregelung - wer auf 45 Versicherungsjahren komme, kann weiterhin die ungekürzte Rente beziehen - greife nach aktuellen Hochrechnungen der Deutschen Rentenversicherung nur bei etwa vier Prozent der zukünftigen Rentnerinnen, selbst wenn Kinder- und Pflegezeiten eingerechnet werden, aber bei 27% der Männer.

Der zweite "Streich" werde kaum wahrgenommen. Auch er treffe Frauen erheblich stärker als Männer: In diesen Tagen wollte die Bundesregierung verkünden, ob die

geplante Verschlechterung bei der Betriebsrente noch einmal überdacht wird oder nicht. Es geht um die Sozialversicherungsfreiheit bei der sogenannten Gehaltsumwandlung.

Wird vom Arbeitgeber vom Bruttolohn der Beschäftigten direkt ein Beitrag für die Privatrente abgezweigt, ist dieser steuer- und sozialabgabenfrei. Zum 1.01.2009 soll nur noch die Steuerersparnis Anreiz für eine Betriebsrente darstellen. Frauen, die durch "Normalgehälter" und niedrigere Einkommen stärker von Sozialabgaben profitieren als von Steuervorteilen sind also auch hier von Einschränkungen erheblich stärker betroffen als Männer. Für sie lohne sich vielfach die Betriebsrente nicht mehr. Die "zweite Säule" der Rente breche weg, dabei haben Frauen sowieso schon erheblich seltener überhaupt Betriebsrentenansprüche und wenn, dann sind sie erheblich niedriger: nur jede fünfte Frau, die vorher als Angestellte oder Arbeiterin tätig war, bezieht eine Betriebsrente.

"Beide Maßnahmen - die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die lautlos vollzogene Änderung bei der Betriebsrente - seien sozialpolitisch zutiefst ungerecht und würden zu dramatischen Rentenkürzungen von Frauen führen.

Über die FinanzFachFrauen.

Die FinanzFachFrauen sind ein bundesweiter Zusammenschluss von qualifizierten Finanzdienstleisterinnen, die als Expertinnen für Versicherung, Kapitalanlagen, Finanzierungen und Immobilien tätig sind. Jede ist in ihrer Arbeit wirtschaftlich unabhängig von Banken, Versicherungs- und Kapitalanlagegesellschaften.

Pressekontakt:

Karoline Becker, info@karoline-becker.de

Wien: Stalking vor Gericht

Seine Botschaften enthielten Liebesbe-
teuerungen sowie Hinweise, er werde sie "finanziell ausbluten" oder ihr "den Hals umdrehen"

Wien – Der gebildete und rhetorisch gewandte Mann in der Anklagebank kann sich beim besten Willen nicht vorstellen, etwas Ungesetzliches getan zu haben. Ungesetzlich ist Stalking, die beharrliche Verfolgung auf leisen Sohlen, ja auch erst

seit einigen Monaten. Und die Vorstellungskräfte gehen bei diesen ersten (von jährlich 700 zu erwartenden) Fällen, die nun im Strafgericht landen, weit auseinander. Beim Opfer, einer 36-jährigen Akademikerin, haben sich seit der Trennung im Mai derartige Ängste vor ihrem Ex-Freund aufgestaut, dass sie schon zittert, wenn sie nur weiß, dass er in ihrer Nähe sein müsste (wie Donnerstag früh vor dem Gerichtssaal). Im Jänner wird sie als Zeugin ihre Sicht der Dinge darstellen.

"Keine Gewalt gegen Frauen ist ein zentraler Punkt meines Wertekatalogs". Beim Angeklagten, ehemals etablierter Pressesprecher im Wiener Rathaus, schwingt Empörung mit, wenn er sich hier gegen Vorwürfe der Bedrängnis zur Wehr setzen muss. "Keine Gewalt gegen Frauen ist ein zentraler Punkt meines Wertekatalogs", sagt er. Nur ein einziges Mal habe er dagegen verstoßen. Da wollte er seiner geliebten Kersten "im Affekt" eine Ohrfeige versetzen. Sie aber habe den Arm gehoben und den Schlag abgefangen. "Danach sind wir uns eine halbe Stunde lang weinend in den Armen gelegen", schildert er. Anfang Mai also hat sie nach knapp einem Jahr endgültig Schluss mit ihm gemacht. "Warum?", fragt die Richterin. "Ich weiß es bis heute nicht", sagt der Angeklagte. Und, das Verhängnisvolle: Er glaubt es auch bis heute nicht. "So was haben wir schon so oft gehabt", sagt er: "An die 20 Mal. Und immer haben wir wieder zueinandergefunden." – Weil die Richterin gar so skeptisch dreinblickt, erklärt der Verteidiger: "Es war eine Beziehung, die die Trennung quasi beinhaltet hat." Wobei die Rollen gut verteilt gewesen sein dürften. Kersten war für die Trennungen zuständig, Martin führte die Beziehung unermüdlich weiter. Er schrieb ihr täglich E-Mails, rief sie an, wartete vor ihrer Tür und passte sie in Lokalen ab. Seine Botschaften enthielten Liebesbeteuerungen wie auch Hinweise, er werde sie "finanziell ausbluten" oder ihr "den Hals umdrehen". Einmal schrieb er: "Ich habe keine Lust mehr, mit dir Katz und Maus zu spielen." Er wolle aber friedlich bleiben: "Ich habe schon andere Gelegenheiten, dich umzubringen, ausgelassen." In seinem "letzten Brief eines Geisteskranken" bezog er sich auf eine Begegnung, bei der er sie noch einmal "einige Minuten die Angst spüren" habe lassen.

"Unerträglich"

Die Frau legte sich eine Geheimnummer zu. Sie erwirkte ein polizeiliches Betretungsverbot und eine einstweilige Verfügung: Er durfte nicht mehr mit ihr in Kontakt treten. Doch er hielt sich weiterhin in ihrer Nähe auf, schriftlich, telefonisch und physisch. "Es war unerträglich, nicht mir ihr reden zu können", rechtfertigt er sich. Dabei hätte er dem Prozess entgehen können. Doch er schlug die ihm angebotene Diversion aus. "Das wäre ein teilweises Schuldeingeständnis gewesen", sagt er. Anfang November klemmte er eine Opernkarte hinter ihren Scheibenwischer: *Carmen*. Aber sie kam nicht. (Daniel Glattauer/DER STANDARD, Print-Ausgabe, 15.12. 2006)

Michaela Huber: Entlarvung opferfeindlicher Sprache ist wichtig

Vorwort zu Monika Gerstendörfer: "Der verlorene Kampf um die Wörter"

Erinnern Sie sich noch an Mario Mederake? Doch, Sie erinnern sich, ganz bestimmt. Das war doch der kahlgeschorene Hüne im Trainingsanzug, der - die Hände in den Taschen - ganz gelassen auf dem Dach der Haftanstalt, auf das er sich mit ein paar Klimmzügen geschwungen hatte, mit zwei Psychologen plauderte, die ihrerseits etwas lächerlich wirkten in ihrem hochgefahrenen Krank-Korb, wie sie auf ihn einredeten. Zwanzig Stunden verbrachte der Untersuchungshäftling so, drohte ein wenig mit Suizid, versuchte auf seinen bevorstehenden Prozess Einfluss zu nehmen (man solle die Gewaltvideos, die er von seinem Opfer und sich selbst gedreht hatte, nicht zeigen) und kam erst herunter, als es ihm in der Nacht zu kalt wurde.

Erinnern Sie sich? Vermutlich wird sein Opfer, das man in den Medien nur "die kleine Stephanie" nannte, sich ohnehin ihr ganzes Leben lang an ihn erinnern. An jenen vierschrotigen Klotz von Mann, der die damals Dreizehnjährige auf der Straße einfach packte, in seinen Kofferraum schleuderte, sie zu sich nach Hause schleppte, täglich mehrfach vergewaltigte und sadistisch folterte, sie wochenlang in Todesangst versetzte, ihr unsägliche Schmerzen zufügte, körperliche und seelische, und dabei zwischendurch

so tat, als sei er in sie verliebt. Von Stephanie hieß es in den Medien, sie werde das "nie verwinden". Vielleicht doch. Denn immerhin war sie klüger als die sächsische Polizei, die sich mehrfach ausgesprochen dumm anstellte (den Namen des vorbestraften Mederake, der nur wenige Häuserblocks vom Entführungsort entfernt seine Wohnung hatte, z.B. falsch eingab und ihn so nicht fand). Stephanie verfügt über Resilienzfaktoren, wie wir das heute nennen, sie ist klug und erfinderisch, und sie sorgte dafür, dass sie Zettelchen aus dem Fenster werfen konnte mit Hinweisen darauf, wo sie sich befand, wer sie war und wer der Entführer, und mit klaren Anweisungen, was der Finder damit tun sollte, nämlich die Polizei holen. Die hatte dann leider nichts Besseres zu tun als an der Mederake-Tür zu klingeln (ein wahrlich amateurhafter Fehler) und damit das Mädchen stundenlang bis zum Aufbrechen der Tür wiederum in Todesangst - und echte Todesgefahr! - zu versetzen. Doch immerhin: Stephanie kann von sich selbst sagen, dass sie entscheidend zu ihrer Befreiung beigetragen hat, das könnte ihr bei der Verarbeitung helfen.

Als ich Monika Gerstendörfers Manuskript las, das Ihnen hier als Buch vorliegt, fiel mir der mediale Umgang mit Stephanie und Mario Mederake ein. Die Medien interessierten sich sehr für den Täter. Er wurde natürlich als "Monster" bezeichnet, aber doch fast respektvoll beschrieben - und auch so behandelt, siehe die im Kran zu ihm "hoch gehobenen" Psychologen; ein bezeichnendes Bild für den laxen Umgang der Strafverfolgungsbehörden und auch der Medien mit diesem Mehrfachtäter, der die Taten ja gestanden und auch dokumentiert hatte und dennoch immer nur als "mutmaßlicher Täter" bezeichnet wurde. Und Stephanie? Sie hatte - wie die Eltern beteuerten freiwillig - entschieden, bestimmten Medien gegenüber (etwa dem SPIEGEL) die Taten zu schildern. Sie wurde mitsamt den Eltern von der Staatsanwaltschaft, vom Anwalt des Täters wie auch von zahlreichen Medien ausschließlich als Opfer gesehen. Tenor: Das arme Mädchen wird nun auch noch von den rachsüchtigen Eltern ge-

zwungen, sich in den schrecklichen Erfahrungen zu suhlen. Danach kann es ihr doch nur schlimmer gehen. Dabei wird übersehen, dass jede/r Gewaltüberlebende eigene Mechanismen hat, sich mit dem Geschehen auseinander zu setzen. Und es kann sehr gut sein, dass Stephanie den Zorn brauchte, ihn nutzte, um sich über die Schilderungen ihrer eigenen Erfahrungen zu versichern und dazu beizutragen, dass der Täter für immer aus ihrem Leben verschwindet. Stephanie muss eine großartige Jugendliche sein, und man kann ihr nur wünschen, dass sie die Kraft des Zornes und die Klarheit der Aussage nutzen kann, auch weiterhin alles für ihren Selbstschutz zu tun. Ähnlich wie die beiden Überlebenden des belgischen Serientäters Dutroux, die entschlossen waren, sich dem Täter Auge in Auge zu stellen - ein sicher emotional sehr belastendes Moment, aber es kann auch hilfreich sein, wenn die Überlebenden selbst dieses Vorgehen wählen.

Monika Gerstendörfers Buch behandelt das Thema der öffentlichen Wahrnehmung von sexualisierter Gewalt - und konfrontiert sprachlich und inhaltlich verzerrte Bilder mit der Realität. Es ist ein zwar leicht zu lesendes, aber keinesfalls ein einfaches Buch, und Sie brauchen durchaus starke Nerven, wenn Sie sich mit dem Inhalt auseinandersetzen. Von daher ist es kein Buch, das ich Überlebenden empfehle, die ihre Traumabearbeitung noch nicht abgeschlossen haben, da es von sogenannten Triggern (möglichen Auslösereizen für traumatisches Erinnerungsmaterial) nur so wimmelt.

Lesen aber sollten viele dieses Buch, weil es, wie seine Autorin, mutig ist und stark, klar und zornig, aufrichtig und kenntnisreich. Es entlarvt bagatellisierenden Sprachgebrauch, der nicht sagt, was der Täter tut, nicht sagt, was mit dem Opfer geschieht und nicht sagt, worin die Tat besteht. Sondern von "Kinderpornografie" spricht, wo nichts gespielt (Pornos) ist, sondern schlicht sexualisierte Folter an Kindern auf Video gebannt wird. Von "Sextourismus", wenn Männer Kinder und Frauen in anderen Ländern vergewaltigen; von "Kinderprostitution", wenn Erwachsene minderjährige Schutzbefohlene zwin-

gen, sich von anderen Erwachsenen vergewaltigen zu lassen.

Sprache zu entlarven ist wichtig, Fakten sind von entscheidender Bedeutung, um wirklich etwas zu verstehen. Daher: Lesen Sie dieses Buch, und diskutieren Sie es mit PolitikerInnen. Kämpfen Sie dafür, dass Gewaltüberlebende kostenfrei Therapien bekommen, und zwar nicht nur einige Stunden (Für Täter gibt es nämlich oft jahrelange Therapien. Ist dieses Ungleichgewicht nicht ungeheuerlich?).

Wer Gewalt erlitten hat, soll in jeglicher Hinsicht unterstützt werden, den eigenen Weg zur Genesung zu finden. Offenbar fällt es Medien und der öffentlichen Wahrnehmung schwer, so wertschätzend und respektvoll mit Gewaltopfern umzugehen, wie es angemessen wäre: Sie auch als kompetent zu sehen, obwohl sie so furchtbar gelitten haben. Sie einfach anzunehmen, wie sie sind: stark und schwach, leidend und froh, auf der Suche nach dem Danach und der Heilung ihrer Traumata und mit sehr vielen guten und hilfreichen Eigenschaften versehen – zutiefst menschlich eben und weit mehr als nur Opfer.

Den Medien fällt das schwer, wie es ihnen meist auch schwer fällt, die Täter im Bereich sexualisierte Gewalt als verrohte und im wahrsten Sinne des Wortes grenzenlos brutal agierende Menschen zu sehen, die voll für ihre Taten verantwortlich zu machen sind, denn sie hätten auch anders handeln können. Das jedoch sagt kaum jemand; stattdessen wird der Täter entweder dämonisiert oder entschuldigt, etwa als "Andersfühlender" oder als Produkt einer "schlimmen Kindheit". Man kann sich für das Böse entscheiden - oder dagegen. Das kann so gut wie jeder Mensch. Gewalt gegen Schwächere ist böse und wird klar sanktioniert. So einfach könnte es sein. Hoffentlich ist es bald so.

Das Buch erscheint Februar 2007 im Junfermann Verlag GmbH & Co. KG

Nachrichten

Verfolgung von Freiern Minderjähriger in Italien

Kunden von unmündigen Straßenprostituierten sollen künftig wegen Vergewaltigung belangt werden

Rom - In Italien wächst die Sorge wegen der zunehmenden Zahl minderjähriger Ausländerinnen, die als Prostituierte tätig sind. Um das Problem zu bekämpfen, will Innenminister Amato streng vorgehen: Kunden von minderjährigen Straßenprostituierten sollen künftig der Vergewaltigung beschuldigt werden.

"Sex mit Minderjährigen ist ein schweres Verbrechen"

"Nicht nur die Menschenhändler, sondern auch die Kunden der minderjährigen Prostituierten müssen strengstens verfolgt werden", meinte Amato laut Medienberichten vom Freitag. Auch der römische Polizeichef Serra hatte kürzlich vor dem Problem des Kinderstrichs gewarnt. "In Rom sieht man Minderjährige, die sich mit Puppen in der Hand prostituieren. Das kann man nicht mehr ertragen. Sex mit Minderjährigen ist ein schweres Verbrechen", so Serra.

Straßenstrich im Wachsen

Die Mädchen stammen mehrheitlich aus Rumänien und Albanien. Die Polizei erappte in den vergangenen Monaten sogar Siebenjährige auf dem Strich. Eine minderjährige Prostituierte kann bis zu 20.000 Euro im Monat verdienen.

Bordelle wurden 1958 in Italien verboten. Heute ist die Mehrheit der ItalienerInnen dafür, die Freudenhäuser wieder zu öffnen. Neun Millionen Italiener gehen laut Studien regelmäßig oder fallweise zu Prostituierten. Auch Buben werden immer häufiger zur homosexuellen Prostitution ausgenutzt.

Der Straßenstrich wird vor allem von kriminellen Organisationen kontrolliert. In Italien gibt es nach Schätzungen des Innenministeriums zirka 70.000 Prostituierte, die einen Jahresumsatz von 26 Milliarden Euro erwirtschaften. 80 Prozent der Kunden fordern Geschlechtsverkehr ohne

Kondome. Zwölf Prozent der Prostituierten sind HIV-positiv. (APA)
DieStandard, 5.1.07

Darfur: Vorwürfe des Kindesmissbrauchs gegen UNO-Personal

Videomaterial soll Mitarbeiter beim Sex mit jungen Mädchen zeigen - Zur Zeit laufen Ermittlungen gegen über 300 Mitarbeiter

New York - Soldaten und zivile Mitarbeiter der Vereinten Nationen sollen einem Pressebericht zufolge im Süden des Sudan Kinder sexuell missbraucht haben. Der Londoner „Daily Telegraph“ berichtete in seiner Online-Ausgabe in der Nacht zum Mittwoch, in der Stadt Juba im Südsudan hätten rund 20 Opfer berichtet, sie seien missbraucht worden. Die UNO-Zentrale in New York nahm zunächst zu dem Artikel nicht Stellung.

Die Vorwürfe sind insbesondere auch deshalb brisant, weil sich der neue UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon auch für eine Stationierung von UNO-Soldaten in der westsudanesischen Krisenregion Darfur einsetzt. Im Südsudan sind UNO-Soldaten bereits seit Anfangs 2005 im Einsatz. Sie sollen dort ein Friedensabkommen absichern, das nach dem Ende des 21-jährigen Bürgerkrieges in der Region geschlossen wurde.

Video-Beweise

Laut "Daily Telegraph" hat es bereits kurz nach der Ankunft der Soldaten Hinweise auf einzelne Missbrauchsfälle gegeben. Das UNO-Kinderhilfswerk Unicef habe einen internen Bericht verfasst, in dem das Problem zur Sprache komme. Dennoch sei die UNO bisher nicht an die Öffentlichkeit damit gegangen. Nach Informationen der Zeitung verfügt die sudanesischen Regierung zudem über Videomaterial, auf dem UNO-Mitarbeiter beim Sex mit jungen Mädchen zu sehen sein sollen.

Hohe Priorität

Die in der Presse erhobenen Missbrauchsvorwürfe gegen UNO-Mitarbeiter drohen nun auch die auf Hochtouren laufenden Bemühungen der UNO um einen Einsatz in Darfur zu belasten. Ban will die Krise in der westsudanesischen Bürger-

kriegsregion prioritär behandeln. Daher wird er am Mittwoch seinen Sondergesandten, den Schweden Jan Eliasson, treffen. Zudem will Ban Ende Jänner zum Gipfel der Afrikanischen Union (AU) in die äthiopische Hauptstadt Addis Abeba reisen. Dort ist auch ein Gespräch mit dem sudanesischen Präsidenten Omar Hassan al-Bashir geplant. Bans Vorgänger Kofi Annan hatte sich vergeblich um die Zustimmung des Sudan für die Entsendung von UNO-Friedenstruppen nach Darfur bemüht. Die Regierung in Khartoum hat der UNO Einmischung in die inneren Angelegenheiten vorgeworfen.

Sextäter in den eigenen Reihen

Die UNO ist bei ihrem zahlreichen Friedenseinsätzen rund um den Globus in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder mit Missbrauchsvorwürfen gegen UNO-Soldaten konfrontiert worden. In den vergangenen zwei Jahren war das Problem besonders in der Demokratischen Republik Kongo in den Mittelpunkt gerückt, wo 17.000 UNO-Soldaten stationiert sind. Die UNO ging dabei konsequent gegen Sextäter in den eigenen Reihen vor. Laut einer UNO-Statistik vom November haben die Vereinten Nationen seit Januar 2004 Ermittlungen wegen Missbrauchsvorwürfen gegen insgesamt 319 Mitarbeiter oder Soldaten bei UNO-Einsätzen weltweit eingeleitet. (APA/Reuters)

ai beklagt Frauenrechtsverletzungen in den USA

Organisation berichtet über Entbindungen Inhaftierter in Fesseln und ruft zu Unterschriftenaktionen auf

Das ai-Netzwerk Frauenrechte berichtet über Verletzungen von Frauenrechten in zahlreichen Bundesstaaten der USA: Schwangere, die während der Haft ein Kind zur Welt bringen, würden noch in den letzten Schwangerschaftswochen beim Transport und sogar während der Wehen und Entbindung gefesselt - für ai eine eindeutig inhumane, entwürdigende und gesundheitsgefährdende Behandlung, die ohne Berücksichtigung der Inhaftierungsgründe der Frauen passieren würde. Die meisten Biografien der selbstverständlich derart Behandelten würden keine Gewalt-

tätigkeiten aufweisen, Fluchtgefahr bestünde ebenso nur bei Ausnahmefällen.

ai fand heraus, dass in 48 Staaten ein gesetzlicher Schutz für schwangere Frauen in Haftanstalten fehlt und fordert dem entsprechend eine Änderung. Mit Briefen an die zuständigen Behörden, die Proteste gegen diese Misshandlungen zum Inhalt haben, können auch Sie mithelfen, dass sich die Situation für die Frauen verbessert. (red)

ai-Netzwerk Frauenrechte, Moeringgasse 10, 1150 Wien

Spendenkonto: BAWAG BLZ 14000, Kto. Nr. 03410665173 lautend auf amnesty international Österreich/Netzwerk Frauenrechte .

DieStandard, 27.12.2006

Dichter Homer war laut britischem Forscher eine Frau

Andrew Dalby verweist auf weibliche Tradition der Geschichten- Überlieferung - und ist damit nicht der Erste

New York/Wien - Der antike griechische Dichter Homer, Schöpfer von Ilias und Odyssee, war nach Meinung eines britischen Gelehrten eine Frau. Andrew Dalby, Historiker und Linguist, behauptet in seinem Buch "Rediscovering Homer", die Dichterin habe als Frau für Frauen geschrieben, berichtet die italienische Zeitung "Corriere della sera" in ihrer Internetausgabe.

Tradition der Geschichten-Überlieferung alby ist nicht der Erste, der diese These vertritt. Schon im Viktorianischen Zeitalter hatte der Brite Samuel Butler gemeint, Homer müsse eine Frau gewesen sein, weil sie sich so stark in die weiblichen Figuren hineinversetzen konnte.

Dalby dagegen kommt - weitaus fundierter - aufgrund vergleichender und anthropologischer Analysen zu seiner Erkenntnis. Er weist darauf hin, dass es Frauen waren, die Lieder, Geschichten und Volkssagen über Generationen weitergegeben haben. Er stützt sich dabei auf die klassischen amerikanischen Gelehrten der 30-er Jahre, Milman Parry und Albert Long.

Adelige Ehefrau

Die Autorin von Ilias und Odysee war nach Meinung Dalbys möglicherweise die Ehe-

frau eines griechischen Adligen, der im siebenten Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung lebte und die sich, da genügend SklavInnen da waren, nicht um den Haushalt kümmern musste. Indizien dafür seien die Figuren der Helena und der Andromache in der Ilias und der Penelope in der Odyssee.

Angebliche Innensicht

Nur eine Frau, so der britische Gelehrte, habe diese Gestalten "auf diese eminent weibliche Weise" beschreiben können. In beiden Homer-Werken würden die sexuellen Beziehungen in einer Welt beschrieben, wo Frauen mehr oder weniger als "Konsumgüter" betrachtet worden seien, zugleich aber eine erotische und häusliche Macht besessen und dabei gleichzeitig den Eindruck völliger Unterwerfung unter den Mann vermittelt hätten. (APA)

Literatur

Opferfeindliche Sprache bei sexualisierter Gewalt.

Ein Plädoyer für eine angemessenere Sprachführung: Der verlorene Kampf um die Wörter

Monika Gerstendörfer

"Kinderschänder gibt es nicht!" Was für eine provokant klingende und irritierende Aussage! Doch die wahren Provokateure sind wir. Denn wir alle benutzen solche Unwörter wie "Kinderschänder", "Sextouristen", "Triebtäter", "Sexgangster" und damit eine im wahrsten Sinne des Wortes gewalt-tätige Sprache. Wörter, Begriffe und Namenstäfelchen, die Tat und Täter nicht beim Namen nennen und so die wirkliche Problematik nicht erfassen, sondern die Opfer (nochmals) verletzen, die Taten bagatellisieren und die Täter entlasten.

Sprache ist eine perfide Waffe, wenn sie sich gegen die Opfer richtet. Im Problembereich der sexualisierten Gewalt ist das leider die Regel. Die Folgen für Opfer, Täter und die ganze Gesellschaft können so nie ans Tageslicht kommen und einer Problemlösung zugeführt werden. Unsere Sprache spiegelt und schafft Wirklichkeit - eben auch Gewaltwirklichkeit. Und sie verschleiert und bagatellisiert, wenn wir von "Beziehungsdramen" oder "Familien-

streitigkeiten" reden, wo es tatsächlich um brutale Morde ging. Immer an der Wirklichkeit (der Opfer) vorbei ... Diese Wirklichkeit wird im Buch ins Zentrum gerückt. So wird deutlich, dass sich Vieles ändern muss. Eben auch unsere Sprachführung. Wir alle können so zum Kampf gegen Gewalt beitragen, denn Sprache ist - genau wie die Menschen, die sie benutzen - lebendig!

ISBN: 3-87387-641-8

Das Immunsystem – unsere Stärke, unsere Schwäche

Clio 63

Seit 30 Jahren greift clio aktuelle Themen und Diskussionen im Frauengesundheitsbereich auf und ist in der riesigen Medienlandschaft noch immer einmalig. Mit dieser Ausgabe feiert sie ein Jubiläum.

Die clio ist nach wie vor die einzige Zeitschrift zu Frauengesundheit im deutschsprachigen Raum. Sie beinhaltet feministische Einschätzungen zu gesundheitspolitischen und frauengesundheitsspezifischen Themen sowie umfassende Informationen zu Erkrankungen und ihren unterschiedlichen Behandlungsmöglichkeiten. Hervorzuheben ist die einfache und verständliche Sprache der clio. Das Besondere an ihr ist außerdem, dass sie von Frauen aus dem Gesundheitsbereich sowie aus der Sicht von Betroffenen geschrieben ist. Grundlegende Artikel können jahrelang nachgeschlagen werden. Zweimal jährlich - im Frühjahr und im Herbst - bringt das FFGZ Berlin ein neues Heft heraus.

Zum Inhalt der clio 63:

Das Immunsystem rückt immer stärker in den Blickpunkt, wenn es um die Gesunderhaltung geht. Durch unterschiedliche Faktoren, wie Dauerstress, zunehmende Umweltbelastung, wird es immer stärker beansprucht. Diese Ausgabe der clio beleuchtet die Bedeutung des Immunsystems und den Einfluss der Psyche auf dessen Gleichgewicht. Thematisiert werden insbesondere die Konsequenzen, die ein geschwächtes Immunsystem für Frauen haben kann, zum Beispiel vaginale Infektionen, Pilze oder Autoimmunerkrankungen wie Multiple Sklerose.

Ein besonderer Schwerpunkt ist das Thema Zellveränderungen am Gebärmutterhals und der Zusammenhang mit HPV-Infektionen, besonders aktuell durch die Einführung der HPV-Impfung in Deutschland im Oktober 2006. Zu einem sehr hohen Prozentsatz werden diese Zellveränderungen durch eine Form der Human Papilloma Viren (HPV) ausgelöst, im fortgeschrittenen Stadium kann sich ein Gebärmutterhalskrebs entwickeln. Die HPV-Impfung für die Primärprävention wird als Meilenstein in der Prophylaxe gehandelt, in clio wird ihr Einsatzgebiet realistisch bewertet.

Mit dieser Ausgabe feiert clio ein Jubiläum:

Seit 30 Jahren greift sie aktuelle Themen und Diskussionen im Frauengesundheitsbereich auf und ist in der riesigen Medienlandschaft noch immer einmalig. In ihr bündeln sich vielschichtige Informationen und differenzierte Einschätzungen mit dem Erfahrungswissen von 30 Jahren Frauengesundheitsarbeit.

ISSN-Nummer 0933-0747

FFGZ Berlin (21.11.06)

Selbstbehauptungstraining Für Mädchen und Frauen mit geistiger Behinderung

Die AG Freizeit e.V. hat ein Handbuch herausgebracht, das Erfahrungen eines einjährigen Projektes für die Erprobung und Weiterentwicklung eines Selbstbehauptungstrainings für Mädchen und Frauen mit geistiger Behinderung weitergibt.

"Da hab ich was im Selbstbehauptung gelernt! Ich war doch eben an der Tankstelle und wollte mir was zu trinken kaufen. Da war ein Mann, der wollte 50 Cent von mir. Und da hab ich einfach "N-e-i-n! !!" (unterstrichen mit eindeutigen Kopfbewegungen) gesagt. Sonst krieg ich dann immer Angst, bin ganz durcheinander und mach, obwohl ich das nicht will, was die wollen. Und diesmal habe ich gar nicht nachgedacht, hab es einfach gemacht wie im Selbstbehauptung, hab "N-e-i-n! !!" gesagt und bin gegangen." Tanja P., Besucherin der AG Freizeit e.V.

Tanja P. war Teilnehmerin eines Selbstbehauptungstrainings für Mädchen und Frauen mit geistiger Behinderung. Sie hat

gelernt, auf ihre eigene Stimme zu hören und sich im Alltag zu behaupten. Das, was sie gelernt hat, können andere auch lernen. (Verlagstext)

Dieses Handbuch ist ein Leitfaden für alle Frauen, die mit Mädchen und Frauen arbeiten, die als geistig behindert klassifiziert werden. Viele Ideen zu kontinuierlichen Trainings und für kürzere Workshops werden umfassend dargelegt. Der theoretische Teil ist kurz und doch sehr genau. Ausgehend von den "Lebensbedingungen von Frauen und Mädchen mit geistiger Behinderung - und Gewalt" sowie der Überprüfung unserer eigenen Einstellungen dazu, folgen Kapitel zu den Grundlagen des Trainings mit guten Beschreibungen, auf welche Begebenheiten Eine besonders achten muss. Genaue Darstellungen der Übungen zu verschiedenen Themen, - Gefühle erkennen, wahrnehmen, verstehen und ernst nehmen, Grenzen spüren und ziehen, Sprache und Ausdruck des Körpers, eigene Bedürfnisse wahrnehmen und entsprechend agieren und Selbstvertrauen stärken, - bilden den Kern dieses Handbuches. Eine gute, aktuelle Literaturliste, sowie Hinweise zu Arbeitsmaterialien und Fortbildungen machen Neugier auf mehr Wissen zu diesem wichtigen Thema. Ein an der Praxis orientiertes Werk (mit wunderschönen Fotos) von Frauen, die mit Mädchen und Frauen, die als geistig behindert klassifiziert werden arbeiten und/oder leben, geschrieben für alle Frauen die ihren Horizont erweitern wollen und für Frauen die im weitesten Sinn mit feministischer Selbstverteidigung arbeiten sowieso!

Die Herausgeberin: AG Freizeit e.V. Der eigenständige Verein für Behinderte und Nichtbehinderte mit anerkannter Gemeinnützigkeit bietet seit über 20 Jahren Aktivitäten zur Freizeitgestaltung für Jugendliche und Erwachsene mit einer (insbesondere geistigen) Behinderung an, die von über 100 Personen aus der Stadt Marburg und dem Landkreis Marburg-Biedenkopf genutzt werden. www.ag-freizeit.de

Die Autorinnen: Anja Fischer, Inge Hofmann, Angie Zipprich

"Wir arbeiten seit Jahren gerne bei der AG Freizeit e.V. und möchten an dieser Stelle allen MitarbeiterInnen und BesucherInnen danken für ihre Anregungen, ihre kritische

Begleitung und ihre Unterstützung bei der Verwirklichung unserer Ideen zu einem Selbstbehauptungstraining für Mädchen und Frauen mit geistiger Behinderung. Unser Dank gilt auch der Deutschen Behindertenhilfe - Aktion Mensch e.V., ohne deren finanzielle Unterstützung AG Freizeit e.V. (Hgin.)

Selbstbehauptungstraining Für Mädchen und Frauen mit geistiger Behinderung
AG SPAK Bücher 2005, ISBN 3-9308730-67-1

Forum für Feministische Gangart

Mit dem Anliegen einer Infotainment-Printmedienkultur differenzierte Berichterstattung entgegenzusetzen und mit einer linksdemokratischen feministischen Haltung zu verbinden ist [sic!] entstanden. Bis heute ist diese Zeitschrift kritisch, intelligent und wichtig für die politisch interessierte Frau.

iForum für feministische Gangarten wurde 1993 gegründet. Die Zeitschrift enthält Beiträge von Frauen aus Wissenschaft, Politik, Kunst und Gesellschaft. Analysiert und kommentiert werden österreichische und internationale Entwicklungen in politischer, ökonomischer und medialer Hinsicht und die damit verbundenen strukturellen und alltäglichen Auswirkungen auf weibliche Arbeits- und Lebenswelten. Die Auseinandersetzung mit aktuellen Forschungsergebnissen machen daher das intellektuelle Leistungspotenzial von Frauen mehrerer Generationen aus aller Welt sichtbar. [sic!] Forum für feministische Gangarten wendet sich an interessierte LeserInnen, die an der Verwirklichung von Frauenrechten als Menschenrechte interessiert sind, Humanität als unteilbar betrachten und Alternativen zu bestehenden Ausgrenzungs- und Diskriminierungspraktiken kennenlernen möchten. [sic!] Forum für feministische Gangarten erscheint in vier Ausgaben pro Jahr und einem Umfang von je 32 Seiten.

Das aktuelle Heft Nr. 57 enthält folgende Beiträge:

61 Jahre Befreiung: Rede von Hannah Lessing anlässlich der diesjährigen Befreiungsfeier in Mauthausen

Auf zum fundamentalistischen Katholikenstaat?

Viktoria Roth über Jugend für das Leben

Wer ist hier integrationsunwillig?
 Kommentar zum neuen Niederlassungs-
 und Aufenthaltsgesetz von Elisabeth Gün-
 ther
 Schöngefärbte Männermacht
 Beatrix Beneder wirft einen Blick auf
 Work-Life-Balance-Programme
 Zur Notwendigkeit eines Straftatbestandes
 Katharina Beclin über Hintergründe und
 Anwendbarkeit des neuen Anti-Stalking-
 Gesetzes
 Zelebration des Männlichkeitswahns
 Feministinnen, Frauen und Lesben aus
 Deutschland zur Fußball-WM
 Internationale Gegenöffentlichkeit hilft
 Usula Kubes-Hofmann und Bozena Choluj
 zur Diskriminierungspolitik gegen Homo-
 sexuelle in Polen
 Vorwärts in finstere Zeiten
 Über die Situation von Frauen im Irak be-
 richtet Hilde Grammel
 Das Queeren von traditioneller Politik
 Roxana Reyes Rivas und Christina
 Schramm über die Nueva Liga Feminista
 in Costa Rica
 Das ganze Setting ist falsch
 Teil II des Interviews mit Marina Grzinic
 von Ana Hoffner
 Verfemt, verfolgt, vergessen
 Barbara Mayr berichtet über jüdische Wis-
 senschafterinnen und Politikerinnen in
 Österreich
 Nachrufe auf Heidi Pataki
 von Ursula Kubes-Hofmann, Neda Bei und
 Gerda Fassel
 Multimediale Welten
 Petra M. Springer stellt das künstlerische
 Werk von Elizabeth M. Stephens vor
 Sprechen in gewaltfreier Zone
 Interview mit der slowenischen Künstlerin
 Aprilija Luzar anlässlich ihrer Anwesenheit
 beim Her Position in Transition-Festival
 Der Zug ins Runde
 Ein Essay von Marlene Streeruwitz zur
 Fußball-WM
 Buchrezensionen zu:
 Film/Denken - Thinking/Film (Hrsg. v.
 Ludwig Nagl, Eva Waniek und Brigitte
 Mayr)
 Female Consequences (Hrsg. von Rosa
 Reitsamer und Rupert Weinzierl)
 Bibliotheca Alexandrina (von Dine Petrik)
 Mythen, Masken und Subjekte (Hrsg. von
 Maisha M. Eggers, Grada Kilomba, Peggy
 Piesche und Susan Arndt)
 Bestellung:

per Email: hilde.grammel@aon.at Weitere
 Informationen auf: sic.feminismus.at

Termine

Einladung zum Lesbischen Herbst 2007

Die Idee zu der Tagung "Lesbischer Herbst" entstand vor zwei Jahren aus dem Wunsch, dass auch die Frauen gehört und gesehen werden, die schon sehr lange lesbische Zeiten durchlebt haben. Mit der zweiten Tagung "Lesbischer Herbst" in diesem Jahr wollen wir diese so erfolgreich begonnene Gesprächs- und Begegnungsmöglichkeit speziell für "ältere" Lesben fortsetzen. Damit schaffen wir einen neuen Raum, der die besonderen Themen und Lebenslagen von älteren Lesben deutlicher sichtbar macht und zur Sprache bringt.

Was ist "älter sein"? Natürlich das biologische Alter - aber darüber hinaus auch eine veränderte Sicht auf das Leben und die Welt, ein anderer Umgang mit den eigenen Erfahrungen, eine Einordnung der bisherigen Lebenswege in den länger werdenden Blick zurück, deutlichere Umriss im Blick nach vorn, die Konzentration auf das, was wir im Laufe der Zeit als wesentlich erkennen. Nicht nur der Körper, sondern auch Bedürfnisse und Gewohnheiten, der Lebensrhythmus, die Kontakte verändern sich und im besten Falle gewinnen wir mehr Unabhängigkeit und die Freude am Lesbischsein bekommt eine neue Farbe. Diese gewandelte Sicht auf das Leben wollen wir in den Vordergrund stellen.

Auch die Themen, die heute für uns, unsere Partnerinnen und Freundinnen wichtig sind, unterscheiden sich manchmal sehr von unseren früheren Interessen. Die Gesellschaft nimmt ältere Lesben ebenso wenig wahr, wie sie ältere Frauen wahrnimmt. Gerade deshalb brauchen wir Möglichkeiten, uns selbstverständlich sichtbar zu machen, und Freiräume, abseits von vorgegebenen Mustern zu leben und unsere Lebensweise(n) zu reflektieren.

Der erste Lesbische Herbst im November 2006 war ein beeindruckendes und bereicherndes Erlebnis für 110 Teilnehmerin-

nen zwischen 42 und 76 Jahren. Lesben aus sehr unterschiedlichen Lebenszusammenhängen - von der auf dem Land lebenden, nicht geouteten bis zu der in der Öffentlichkeit politisch aktiven Frau - verbrachten ein intensives Wochenende miteinander und füllten den Begriff Vielfalt mit Leben.

Wir verstehen diese Initiative und Tagung als einen effektiven Beitrag zu einer lesbischen Kultur und haben aus den Gesprächen und Begegnungen Inspiration für weitere Schritte und weitere Ideen mitgenommen. Es war ein viel versprechender Anfang einer neuen Phase der Lesbengeschichte, in der die älteren Lesben eine selbstbewusste und deutlich sichtbare Rolle spielen werden.

Deshalb wird **vom 16.-18. November 2007 der 2. Lesbische Herbst** stattfinden.

Nähere Informationen zum Programm und zu den Referentinnen findet ihr demnächst auf diesen Seiten.

Anmeldungen sind ab ca. Mitte-Ende Januar möglich, der Termin wird hier bekannt gegeben.

Lesbischer Herbst. Der Herbst des Lebens - ein Mehr an Erfahrung, ein Mehr an Unabhängigkeit ...

www.lesbischerherbst.de

Sex-Zwangsarbeit in NS-Konzentrationslagern

Ausstellung in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück.

Ausstellungsdauer: 15. Januar bis 30. September 2007

Öffnungszeiten: Di - So 9-17 Uhr

Eine Werkausstellung der Gedenkstätte Ravensbrück in Kooperation mit "Die Aussteller", Wien und dem Institut für Kunst im Kontext, UdK Berlin

Thema

Geschlechtsspezifische Dimensionen der nationalsozialistischen Kriegsführung und Besatzungspolitik während des Zweiten Weltkriegs haben allgemein in der wissenschaftlichen Forschung bislang wenig Berücksichtigung gefunden. Erst Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg begann nach und nach eine Aufarbeitung, die jedoch sehr erschwert wird, zum Einen durch die

Vernichtung vieler Aufzeichnungen durch die Nationalsozialisten gegen Ende des Krieges und zum Anderen durch das kollektive Schweigen der Opfer (und Täter). Sex-Zwangsarbeit bedeutete für die betroffenen Frauen wiederholte Vergewaltigungen und hatte dementsprechende psychische und physische Folgen. Neben dem Schmerz der Erinnerung, der viele Opfer nationalsozialistischer Gewalt schweigen lässt, schwiegen und schweigen diese Frauen besonders deshalb, weil es sexualisierte Gewalt war, die sie erlitten haben, und weil sie befürchteten, beschuldigt und diskriminiert zu werden.

Die Sex-Zwangsarbeit in NS-Konzentrationslagern war EINE Form der organisierten, systematischen sexualisierten Gewalt im Zweiten Weltkrieg. An diesem sehr spezialisierten Thema versucht die Ausstellung das Schicksal einer in der Geschichtsschreibung oft "vergessenen" Gruppe von NS-Opfern aufzuzeigen: Es waren nach Herkunft, "Klassenzugehörigkeit" und Lebenssituation sehr unterschiedliche Frauen, die - meist wegen ihrer Sexualität bzw. wegen ihres "unangepassten" Verhaltens von der NS-Willkür verfolgt - in Konzentrationslager gesperrt und schließlich dort zur Prostitution in Häftlingsbordellen gezwungen wurden.

Mit der Ausstellung versuchen wir, einerseits die hinter der Errichtung der Lagerbordelle stehenden Intentionen der SS zu analysieren und andererseits die spärlich vorhandenen Kenntnisse über die Lebensumstände der betroffenen Frauen zusammenzutragen. Wer waren diese Frauen?

Aus welchen Gründen und mit welcher Argumentation der Nationalsozialisten wurden sie in Konzentrationslager deportiert? Wir gehen der Frage nach der nationalsozialistischen Doppelmoral nach, warum erst die Prostitution auf der Straße verfolgt und bekämpft wurde, und im Gegenzug ein Bordellsystem innerhalb der nationalsozialistischen Konzentrationslager eingerichtet wurde.

Die Lagerbordelle auf heute österreichischem Gebiet stellen einen thematischen Schwerpunkt der Ausstellung dar, da es sich bei den Häftlingsbordellen in den Konzentrationslagern Mauthausen und Gusen um die ersten ihrer Art handelt und

da die Bordellbaracken dort noch heute erhalten sind.

Auf Texttafeln und Fotos sowie in einem Dokumentarfilm und einem Hörspiel werden der Umgang mit Prostitution während der NS-Zeit, die Errichtung der Häftlingsbordelle und die Lebensumstände der zur Sex-Zwangsarbeit gezwungenen Frauen thematisiert. Zur Ausstellung wurde 2005 ein etwa 100 Seiten starker Katalog publiziert, der Anfang 2006 in der zweiten Auflage erschien. Das im September 2006 im Mandelbaum-Verlag veröffentlichte Buch "Sex-Zwangsarbeit in nationalsozialistischen Konzentrationslagern" stellt schließlich eine stark erweiterte Form des sehr überblicksartigen Katalogs dar.

Ziele der Ausstellung

In der Ausstellung möchten wir:

BesucherInnen über einen oft "vergessenen" Teilaspekt der NS-Geschichte aus der Sicht weiblicher KZ-Häftlinge informieren. BesucherInnen zeigen, dass es in jeder Gesellschaft Unterschiede zwischen Menschen gibt (kulturelle, ethnische, religiöse, politische, etc.). Jeder Versuch, Gesellschaften aufgrund der Idee einer reinen "Rasse, Religion, ethnischen Gruppe, etc. zu (re)organisieren, führt unweigerlich zu Säuberungen": Menschen (Minderheiten), die nicht zum Idealbild passen, werden diskriminiert, ausgeschlossen, verfolgt und ermordet.

Die Ausstellung beinhaltet viele Elemente, die die BesucherInnen herausfordern, über Parallelen und Unterschiede zwischen Ereignissen von gestern und heute nachzudenken. BesucherInnen herausfordern, sich mit den Konzepten von Toleranz, gegenseitigem Respekt, Menschenrechten, Demokratie und ihrer Bedeutung für uns auseinander zu setzen. BesucherInnen überzeugen, dass eine Gesellschaft, in der Unterschiede zwischen Menschen respektiert werden, nicht von alleine entsteht. Neben Gesetzen (und deren Durchsetzung) ist der Einsatz jedes Einzelnen und jeder Einzelnen innerhalb seiner oder ihrer Möglichkeiten nötig.

www.ravensbrueck.de

Herausforderung Geschlechtergerechtigkeit - Gender Mainstreaming als Lösungsstrategie?

Tagung vom 12.-13.2.2007 in der Evangelischen Akademie Tutzing

"Gleichstellung" wird gegenwärtig in neuem Licht diskutiert. Die Diskussion um die demographische Entwicklung und den absehbaren Mangel an Fachkräften wird verknüpft mit dem schlechten Abschneiden Deutschlands in der europäischen Gleichstellungsstatistik. Deutschland ist eines der wenigen EU-Länder, in denen der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern weiter auseinander driftet - ein Ergebnis sich verflechtender Ungleichheits- und Diskriminierungsstrukturen. Die mangelnde Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt, aber auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, wird zunehmend als Hemmschuh für wirtschaftliches Wachstum und allgemeinen Wohlstand gesehen.

Seit Ende der 90er Jahre wird in der Gleichstellungspolitik eine Doppelstrategie aus Frauenförderung und Gender Mainstreaming verfolgt. Dabei wird Gleichstellung zur Querschnittsaufgabe für alle Aufgabenbereiche und alle Akteur/innen. Gender Mainstreaming zielt auf die strukturelle Veränderung von Organisationen und Politikfeldern.

Inwiefern ist dies eine geeignete Antwort auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen? Sind die Potenziale der Strategie bereits ausgeschöpft, so dass Gender Mainstreaming etwa durch Managing Diversity "abgelöst" werden sollte?

Die mehrjährigen Erfahrungen und veränderten politischen Rahmenbedingungen auf EUEbene, aber auch in der Bundesrepublik nimmt die Tagung zum Anlass einer Bestandsaufnahme. Dabei wird Bezug auf Erkenntnisse der Geschlechterforschung und ihrem Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme genommen. Das Verhältnis von praktischer Umsetzung und theoretischer Reflexion stellt ein gewinnbringendes Spannungsverhältnis dar.

Mit der Tagung verfolgen wir folgende Ziele:

- Diskussion der Strategie Gender Mainstreaming als Mittel zur Lösung gesellschaftlich drängender Probleme in der

Europäischen Union und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland

- Bilanz der gegenwärtigen Umsetzung von Gender Mainstreaming in verschiedenen Bereichen und Organisationen und Aufzeigen von Konsequenzen
- Verdeutlichung des Spannungsverhältnisses Theorie - Praxis und der notwendigen Bezugnahme auf gender-theoretische Konzepte in der Umsetzung von GM
- Beleuchten der Bedeutung verschiedener Diskurse wie demographischer Wandel, Managing Diversity, aber auch neuer rechtlicher Entwicklungen wie die Verabschiedung des Gleichbehandlungsgesetzes für die gleichstellungspolitische Strategie GM
- Klärung einer den veränderten gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen adäquaten Gleichstellungsstrategie

Aus dem Programm

Montag, 12.02.2007

15:30 Neue Entwicklungen in Sachen Gleichstellung in der EU und ihre Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten, insbesondere auf die Bundesrepublik Deutschland. Dr. Barbara Helfferich, Europäische Kommission, ehem. Generalsekretärin der Europäischen Frauenlobby, Brüssel - Vortrag mit Diskussion

Mitwirkende in Foren:

Gerrit Kaschuba, Netzwerk Gender Training, Tübingen, Jörg Fichtner, Gender Trainer, München, Birgit Erbe, FAM Frauenakademie München, und Regina Frey, Netzwerk Gender Training, Berlin, Henriette Meseke, GM-Expertin in Arbeitsmarkt- und EU-Strukturpolitik, Bremen und Dagmar Koblinger, FAM Frauenakademie München

19:30 Herausforderung Geschlechterdemokratie: Wo stehen wir in der Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Bundesrepublik Deutschland?

Podium mit

- Eva M. Welskop-Deffaa, Leiterin der Abteilung Gleichstellung, BMFSFJ, Bonn
- Petra Rück-Wallenberger, Leiterin der Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern, StMAS Bayern, München
- Dr. Barbara Helfferich, Europäische Kommission, ehem. Generalsekretärin der Europäischen Frauenlobby, Brüssel
- Prof. Dr. Christine Färber, Competence Consulting, Potsdam

Moderation: Dr. Inge von Bönninghausen, Journalistin, ehem. Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, Köln

Dienstag, 13.02.2007

9:00 "Was hat Gender Mainstreaming in Organisationen erreicht? Was soll es künftig leisten?"

Foren:

- Organisationen im internationalen Kontext, NN, Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, und Edda Kirleis, EED, Bonn

- Landesverwaltungen, Dr. Ute Weinmann, Geschäftsstelle Gender Mainstreaming der Berliner Senatsverwaltung, und Ute Wanzek, G.I.S.A., Magdeburg

11:30 Fazit der Tagung

Dr. Barbara Stiegler, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Anmeldung und Info bei: Angelika Mrozek-Abraham, Tel: 0 81 58/2 51-127, Telefax: 0 81 58/99 64 27

Email: mrozek@ev-akademie-tutzing.de

Genderforschung auf postgradualer Basis

Rosa-Mayreder-College bietet zweijähriges Masterstudium "Internationale Genderforschung und Feministische Politik" an "Internationale Genderforschung und Feministische Politik" lautet der Titel eines Universitätslehrgangs mit Masterabschluss, der vom Rosa-Mayreder College, einer Einrichtung des Verbandes Wiener Volksbildung, veranstaltet wird.

Die Ausbildung, die in deutscher und englischer Sprache abgehalten wird, dauert zwei Jahre und ist berufsbegleitend zu absolvieren. Geboten wird eine "wissenschaftliche Weiterbildung für zivilgesellschaftliches und innovatives politisches Engagement zur Gleichstellung und Antidiskriminierung in beruflichen Arbeitsfeldern", so die Angabe der VeranstalterInnen.

Als konkretes Ziel tut sich dabei die Qualifizierung und Ausbildung von Expertinnen bzw. Multiplikatorinnen auf, "die Genderkompetenz und Interkulturalität als Querschnittsmaterie in Organisationen und Institutionen anwenden möchten", sowie "die Reflexion der Folgen und Perspektiven von Transformationsprozessen auf die Geschlechterverhältnisse und die Entwicklung von Alternativen".

Genderkompetenz in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen

Schwerpunktmäßig ist das interdisziplinäre Masterprogramm auf Mittel- und Osteuropa ausgerichtet und bereitet auch auf internationale Arbeitsbereiche vor.

Das Curriculum des bereits zum zweiten Mal startenden Universitätslehrgangs ist zwischen Ende Jänner 2007 und Dezember 2008 zu absolvieren, der Abschluss-degree lautet "Master of Arts in Women's Studies and Feminist Research".

"Die Vielfalt der von den Kursteilnehmerinnen vertretenen Disziplinen war eine positive Erfahrung", gibt Absolventin Delina Binaj zu Protokoll, die als Sprachwissenschaftlerin und Übersetzerin in Albanien arbeitet. Sie habe dadurch erkannt, "inwieweit sich heutzutage die Genderkompetenz in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen anwenden lässt".

Die Kosten betragen 4500 Euro, Bewerbungen werden noch angenommen. (red/DER STANDARD, Print-Ausgabe, 5./6./7.1. 2007)

Rosa-Mayreder-College

Frauengerechte Pflege im Alter und bei Krankheit/Behinderung

Am 31.1. 2007 um 19 Uhr

Im Kofra, München, Baaderstr. 30

Eine bundesweite Initiative (Fraueninitiative 04) mit diesem Ziel wurde 2004 in Köln gegründet. Sie arbeitet darauf hin, dass in der ambulanten und stationären Pflege ein würdevoller Umgang mit Frauen Einzug hält, der die Interessen und Bedürfnisse der Frauen wahr, die Lebenserfahrungen der Frauen – oftmals Gewalt, sexueller Missbrauch, Demütigung – einbezieht, Verletzungen und Traumatisierungen beachtet und Respekt zeigt.

Die größten Missstände liegen bekanntermaßen im Bereich der stationären Pflege, doch auch in der ambulanten Pflege geht es um die Vermittlung von Kompetenz für Frauengerechtigkeit und –sensibilität an Pflegekräfte und Träger.

Auf dieser ersten öffentlichen Veranstaltung im Kofra soll es darum gehen, mit Stadträtinnen, Fachfrauen aus dem Pflege- und Gesundheitsbereich und interessierten Frauen konkrete Handlungsmöglichkeiten in München zu diskutieren.

Martina Böhmer, Altenpflegerin aus Bergisch-Gladbach, wird einleitend vortragen zu „Gewalterfahrungen in der Lebensgeschichte alter Frauen - gesundheitliche Folgen und Anforderungen an die ambulante und stationäre Alten- und Krankenpflege“. Anschließend wird sich die Münchner Regionalgruppe der Fraueninitiative 04 vorstellen.

Eingeladen sind vom Stadtrat Monika Renner (Gesundheits- und Wirtschaftsausschuss) und Lydia Dietrich (Aufsichtsrätin des städtischen Klinikums) sowie Vertreterinnen städtischer Fachreferate.

Sharaf Hjältar Jugendliche Migranten gegen Ehrenmorde in Schweden

Am 9.2. 2007 10-13 Uhr

Ort: München, Pädagogisches Institut, Herrstr. 5.

2002 wurde in Schweden eine 26-jährige Kurdin von ihrem Vater ermordet – im Namen der Ehre, weil sie sich selbst einen Partner gesucht hatte. Das Land schreckte auf und initiierte zunächst Hilfsprojekte für Mädchen und Frauen, doch dann wurde klar, dass zur Prävention männliche Jugendliche erreicht werden müssen, denn: "es sind diese Jungen, welche die verlängerten Arme ihrer Väter sind, die ihre Schwestern und Kusinen bewachen. Wir müssen diesen Jungen Unterstützung geben, damit sie wagen, nein zu sagen. Sie müssen von der Unterdrückung durch den Ehrbegriff befreit werden, damit sie zu Männern heranwachsen können, die einmal den eigenen Willen ihrer Töchter respektieren". So wurde das Projekt Sharaf Hjältar in einem Stockholmer Jugendzentrum gegründet mit dem Ziel, dass jugendliche Migranten mit Gleichaltrigen zum Thema Menschenrechte arbeiten, denn, so Ali Ataken, einer der Sharaf-Helden: "beim Thema Ehre, da gibt es nichts Gutes. Menschenrechte (muss man) um jeden Preis verteidigen".

Das Projekt wird von zwei Vertretern aus Schweden vorgestellt. Es können Fragen zu den Erfolgen des Projektes gestellt werden und wie es gelang, die Jugendlichen für die Mitarbeit zu gewinnen. Anschließend kann die Übertragbarkeit dieses Ansatzes auf Deutschland diskutiert

werden. Für Übersetzung aus dem Schwedischen wird gesorgt.

Eine Kooperationsveranstaltung zwischen dem Kofra, dem Münchner Bündnis Aktiv gegen Männergewalt, dem Pädagogisches Institut und dem Stadtjugendamt im Rahmen des Begleitprogramms zur Ausstellung "Tatmotiv Ehre" von Terre des Femmes.

"Fachkraft in der Pflege und Begleitung traumatisierter alter Frauen und Männer"

Weiterbildung für Pflegefachkräfte, Führungskräfte und professionelle Helferinnen und Helfer verschiedener Berufsgruppen in der stationären und ambulanten Alten- Behinderten- und Krankenpflege:

Die heute alten Frauen und Männer können im Besonderen durch Kriegs- und Nachkriegserfahrungen traumatisiert sein. Diese und weitere - auch geschlechtsspezifischen - Erlebnisse, wie z. B. sexualisierte Gewalt oder traumatische Erlebnisse als Soldat, die die heute alten Menschen zum Teil jahre- ja manchmal jahrzehntelang verdrängt haben, können bei Pflegebedürftigkeit, bei Einzug in ein Heim oder bei der Einweisung in ein Krankenhaus wieder aufbrechen. Viele der alten Frauen und Männer können durch die Pflege re-traumatisiert werden oder es kann zu Re-Aktivierung von traumatischen Erlebnissen kommen. Sie reagieren dann mit den unterschiedlichsten Symptomen und Verhaltensweisen, wehren oftmals alle Maßnahmen, besonders die der Körperpflege ab. Häufig erhalten alte Frauen und Männer, die entsprechende Verhaltensweisen zeigen, die Altersdiagnosen Demenz oder HOPS. Um dies zu verhindern, ist es notwendig, traumaorientierte Pflegediagnosen erstellen und bei Re-Traumatisierung und Trauma-Aktivierung die entsprechende Pflege und Begleitung anbieten zu können und ferner in der Lage zu sein, Maßnahmen zu treffen, die dies weitgehendst verhindern.

In dieser längst überfälligen Weiterbildung wird den TeilnehmerInnen ein umfangreiches Wissen vermittelt. Schwerpunktthemen der Weiterbildung sind:

- Einführung in die Psychotraumatologie

- Neurophysiologische und -biologische Grundlagen der Traumatisierung
- Psychotraumatische Störungsbilder, z. B. Posttraumatische Belastungsstörung
- Psychodynamik traumatischer Reaktionen bei sehr unterschiedlichen akuten und länger zurückliegenden Ereignissen, wie z. B. Heimeinweisung, chronische Erkrankungen, Flucht und Vertreibung, NS Verfolgung, geschlechtsspezifische Kriegserlebnisse, sexualisierte Gewalt, Häusliche Gewalt, Verluste und weitere individuelle Erlebnisse
- traumaspezifische Interventionsmöglichkeiten
- Pflegetherapeutische Begleitung und Beratungstechniken
- Möglichkeiten der Vermeidung von Re-Traumatisierungen und Trauma-Aktivierungen in der Pflege, Therapie und Diagnostik
- Spezielle Betreuungsansätze
- Spezielle Pflegeverfahren
- Psychohygiene für die Pflegenden, Fallbesprechungen und Beratung für die TeilnehmerInnen

32-tägige berufsbegleitende Weiterbildung, bestehend aus 6 Blöcken mit jeweils 5 Seminartagen plus 1 Tag Supervision und 1 Tag Abschlußkolloquium. Die Weiterbildung wird mit einer praxisorientierten Facharbeit abgeschlossen.

Die Weiterbildung wird durchgeführt von Martina Böhmer und Brigitte Merkwitz und unterstützt durch weitere ReferentInnen.

Termine, Ort und Kosten der Weiterbildung erfragen unter:

info@martinaboehmer.de oder merkwitzseminare@gmx.de

Infos: www.martinaboehmer.de

Kofra-Zeitschrift für Feminismus und Arbeit, Ausgaben ab 1991:

54/91 Rückschlag oder Zunder für die Frauenbewegung - Zur Vereinigung Deutschlands aus der Sicht der autonomen Frauenbewegung. 55/91 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. 56/92 Glück in Frauenprojekten? 57/92 Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise. 58/92 Gewalt hat ein Geschlecht. 59/92 Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus, 60/92 Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, 61/92 Entpolitisierung durch Identitätspolitik? 62/93 Sexueller Missbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? . 63/93 Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, 64/93 Gynäkologie unter feministischen Aspekten, 65/93 Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, 66/93 Frauenstreik, 67/94 Zur Kopftuchdiskussion, 68/94 Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechts-extreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und antirassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, . 69/94 Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben, 70/94 Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, 71/95 Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? 72/95 Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körper-Behinderungen. 73/95 Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, 74/95 Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, 75/95 Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. Nr. 76/95 Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, 77/96 "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. 78/96 13 Jahre autonome Projektarbeit. 79/96 Eigenständige berufliche Existenz. 80/96 Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. 81/96 Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. 82/97 Kindesmisshandlungen im Internet / Männergewalt macht keine Männer. 83/84/97 Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur

Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, 85/86/98 Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, 87/98 Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. 88/99 Männer gegen Männergewalt - Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung, 89/99 Gewalt gegen Frauen im Krieg, 90/99 Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne, 91/00 Zur Therapie von Sexualstraftätern, 92/00 Frauen und Militär, 93/00 Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, 94/01 Täterstrategien bei sexuellem Missbrauch und Ansätze der Prävention, . 95/01 Feministisches Handeln gegen Gewalt, 96/02 Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, 97/02 Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ, 98/02 Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“, 99/02 Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? 100/02 Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention, 101/03 Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule, . 102/03 Anzeigepflicht bei sexuellem Missbrauch? 103/03 Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen, 104/03 Von Mobbing und anderen Ausschlussstrukturen in feministischen Kontexten, 105/03 Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule, 106/03 Autonome Fraueäume. Reflexionen zu zwanzig Jahren Kofra, 107/04 Transgender und Feminismus, 108/04 Zur Kopftuchdiskussion, 109/04 Krieg und Geschlechterverhältnisse, 110/04 Widerstand für Frauechte und Frauenwürde, 111/04 Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauen, 112/05 Menschechte – Frauechte, .113/05 Die Rückkehr des Dienstmädchens, 114/05 Quotierung ist verfassungsgemäß, 115/05 Altersbilder von Lesben, 116/05 Alternativen zur Globalisierung. 117/06 Femicidio. Frauenmorde in Mexiko, 118/06 Auswirkungen von sexueller Gewalt auf die Arbeitssituation von Frauen, 119/06 Gewalttätige Mädchen – Mythos und Realität

Kofra